

Wolff, Diana

„Inklusion- Regional umsetzbar oder Illusion- am  
Beispiel der inklusiven Schulentwicklung an der  
Berggrundschule Doberlug- Kirchhain “

BACHELORARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA

---

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2015

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>II</b>
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Begriffserklärung und Definition von „Integration“ und „Inklusion“ ...</b>	<b>2</b>
2.1 Integration .....	2
2.2 Inklusion .....	3
2.3 Integration und Inklusion im Vergleich .....	6
<b>3. Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020 .....</b>	<b>10</b>
3.1 Der Weg zur inklusiven Schule .....	10
3.2 Empfehlungen des Beirates .....	12
3.3 Hypothesen/ Annahmen .....	18
<b>4. Die inklusive Schulentwicklung an der Berggrundschule</b>	
<b>Doberlug-Kirchhain .....</b>	<b>18</b>
4.1 Methode .....	18
4.2 Prozess .....	19
4.3 Die Berggrundschule Doberlug-Kirchhain .....	19
4.4 Ergebnisse .....	20
4.4.1 Auswertung/ Reflexion des Fragebogens „Schüler/innen“ ....	20
4.4.2 Auswertung/ Reflexion des Fragebogens „Eltern“ .....	24
4.4.3 Auswertung/ Reflexion des Fragebogens „Lehrer und Mitarbeiter“ .....	30
<b>5. Fazit .....</b>	<b>35</b>
<b>6. Blick in die Zukunft .....</b>	<b>40</b>
<b>7. Quellenverzeichnis .....</b>	<b>III</b>
<b>8. Anhang .....</b>	<b>42</b>
Fragebögen	
Selbständigkeitserklärung	

## **Abkürzungsverzeichnis**

UN- BRK	=	UN- Behindertenrechtskonvention
BbgSchulG	=	Brandenburgisches Schulgesetz
Kita	=	Kindertagesstätte
Prof.	=	Professor
Dr.	=	Doktor
www.	=	world wide web
bzw.	=	beziehungsweise
vgl.	=	vergleiche
ff	=	folgende
z.B.	=	zum Beispiel
etc.	=	et cetera
s. S.	=	siehe Seite
S.	=	Seite
usw.	=	und so weiter

# 1. Einleitung

Inklusion und Integration – zwei Begriffe, die für viele Menschen dasselbe bedeuten, jedoch für andere klar voneinander abzugrenzen sind.

In der heutigen Fachliteratur ist der Begriff der Inklusion immer häufiger zu finden. Auch das Land Brandenburg ist in der Pflicht sich mit der Inklusionsentwicklung zu beschäftigen und beschreibt in seinem Empfehlungsschreiben die Umsetzung von Inklusion im Bildungs- und Erziehungsbereich.

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Integration- und Inklusionsbegriff aus pädagogischer Sicht. Dabei soll es Ziel sein, anhand der „Empfehlung des Beirats-Inklusive Bildung- zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020“, Antworten zu finden, ob Inklusion, regional umsetzbar ist oder doch nur Illusion. Dafür werden im ersten Teil die Begriffe Integration und Inklusion erläutert und miteinander verglichen, um auf die klare Unterscheidung der Begrifflichkeiten aufmerksam zu machen. Im Fortlaufenden, wird die Niederschrift des wissenschaftlichen Beirates in wenigen Worten vorgestellt, und eine kurze Zusammenfassung der Empfehlungen wiedergegeben. Die Annahme, dass Integration durch Inklusion ersetzt wird, soll durch eine Befragung, an einer öffentlichen Schule analysiert werden. Dazu wurde ein Fragebogen entwickelt der inhaltlich gleich ist aber sprachlich auf die jeweiligen Zielgruppen variiert. Im Fazit werde ich meine Hypothesen und die Ergebnisse der Befragung in den Vergleich stellen und auf Aussagen der Befragten reagieren. Mit einem kleinen Zukunftsblick wird meine Arbeit ihren Abschluss finden.

Um nachhaltig auf die Inklusionsentwicklung im Landkreis Elbe-Elster Einfluss zu nehmen, wird diese Datenerhebung als Wegweiser, an das zuständige Schulamt übergeben.

## **2. Begriffserklärung und Definition von „Integration“ und „Inklusion“**

### **2.1 Integration**

Das Wort Integration kommt aus dem Lateinischen („intergratio“, „integrare“) bedeutet Ergänzung, Erneuerung aber auch Wiederherstellung einer Einheit bzw. bestehenden Ganzen. (vgl. Duden online/ Integration)

Der Begriff Integration, findet in den verschiedensten Bereichen Anwendung, wobei ich mich im Folgenden mit den pädagogischen und sozialwissenschaftlichen Erklärungen beschäftigen werde. Heiko Kleve (2005) bezeichnet Integration als „...normative Einbindung von Individuen in die Gesellschaft“ (Kleve, 2005, S.2). Er betrachtet die Gesellschaft als Gefüge, in der Einzelne eingebunden werden die sich an den Vorgaben orientieren und dementsprechend anpassen müssen.

Die Integrationsbewegung in den 70er Jahren hat die gemeinsame Bildung von behinderten und nicht behinderten Kindern vorangebracht und ermöglicht. Vor allem der Selbsthilfeorganisation von Eltern ist es zu Verdanken, dass immer mehr geistig und körperlich behinderte Kinder eine integrative Schule statt eine Sonderschule besuchen. Integration im pädagogischen Sinn bedeute demnach die Einbeziehung besonderer Eigenschaften, Verhaltens- und Denkweisen in das Bildungs- und Erziehungssystem sowie im sonderpädagogischen Bereich die Eingliederung benachteiligter Schüler (vgl. wikipedia/integrative\_Pädagogik). Voraussetzung für eine schulische Integration ist der sonderpädagogische Mehrbedarf eines Kindes, der durch diagnostische Verfahren im Vorfeld festgestellt werden muss (vgl. wikipedia/ Schulische\_Integration). Hier zeigt sich schon, in welchem Kategoriedenken Integration stattfindet. Auch Hinz (2002) weist in seinem Artikel „Von der Inklusion zur Integration- terminologisches Spiel oder konzeptionelle Weiterentwicklung?“ auf die Problematik hin. Getreu dem Motto, „*Je fitter, desto integrierbarer, je schwächer, desto weniger integrierbar*“ wird je nach Schwere der Behinderung selektiert (Hinz, 2002, S.356). Für den Bildungsbereich bedeutet dies, dass unterschiedliche Kinder an unterschiedlichen Schulen und in unterschiedliche Klassen, unterrichtet werden. Somit erlebt ein Kind mit schwerer Behinderung ein hohes Maß an Aussonderung der eigenen Person. Ein weiterer Unterschied, der die schulische Integration ausmacht, ist die Uneinheitlichkeit der Unterrichtsansätze der

Regelschulen. Man unterscheidet hier zwischen zielgleicher und zieldifferenzierter Integration. Bei der zielgleichen Integration streben alle Schüler das gleiche Bildungsziel an. Schüler mit einem sonderpädagogischen Mehrbedarf haben keinen Anspruch auf eine Integrationsklasse und müssen sich den Anforderungen der Schule unterordnen. Bei der zieldifferenten Integration wird hingegen nach verschiedenen Rahmenrichtlinien in einer Integrationsklasse unterrichtet, so dass das Bildungsziel an die Fähigkeiten des Schülers angepasst werden kann. Der Idealfall „Integrationsklasse“ setzt sich aus einer geringen Schüleranzahl, einer Lehrkraft und einem Sonderpädagogen zusammen. In dieser Unterrichtsform findet sich der inklusive Ansatz wieder. Dennoch ist zieldifferente Integration in Fachkreisen heftig umstritten, da es nicht ausreicht, individuelle Arbeitsblätter zu erstellen oder den Stundenplan zu verändern. Im Handlexikon der Behindertenpädagogik (2001) beschreibt Hans Wocken Integrationsklassen als: „...ein paradoxes Kunstgebilde, die das Alibi der Selektion sind“ (vgl. Wocken, 2001, S.78).

## **2.2 Inklusion**

In der pädagogischen Fachliteratur ist für den Begriff Inklusion keine einheitliche Übersetzung zu finden, jedoch wird in der Fachdiskussion meist Inklusion als „vorbehaltlose Zugehörigkeit“ bezeichnet. (vgl. Mürner/ Sierck, S.35) Inklusion schließt somit den Vorbehalt des „Andersseins“ von vornherein aus und soll darauf aufmerksam machen, dass dafür gesorgt werden muss, Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderung, Begabung, Migrationshintergründen, ethnischen, sprachlichen, kulturellen und sozialen Benachteiligungen etc. ohne Einschränkungen am normalen gesellschaftlichen Leben als vollwertiges Mitglied teilnehmen zu lassen. (vgl. Hinz 2012, S. 33 ff) Es wird also von der Gleichwertigkeit der Menschen ausgegangen ohne, Normalität vorauszusetzen. Markowetz (2005) stimmt diesem Bild in seinem Artikel: „Neuer Begriff, neues Konzept, neue Hoffnung für die Selbstbestimmung und Partizipation von Menschen mit Behinderung“ zu, und sagt, dass Inklusion auf einem Menschenrecht basiert,

*„ dass die ausschließliche Normorientierung unserer Gesellschaft am Gesunden und Vollhandlungsfähigen aufhebt und die Unterschiedlichkeit der einzelnen Menschen als zum Menschsein notwendig zugehörig und damit als Variante von Normalität begreift. Verschiedenheit wird dabei als eine*

*Bereicherung des menschlichen Lebens und des Zusammenlebens der Menschen gewertet.“ (Markowetz 2005, S.17-66)*

Durch die Erklärung der UNESCO Weltkonferenz in Salamanca 1994 bekam die Inklusion im pädagogischen Bereich national und international einen hohen Stellenwert. Ziel ist es gewesen, mit der öffentlichen Erklärung des Menschenrechts jedem Kind das Recht auf Bildung unabhängig von individuellen Unterschieden einzuräumen. Es geht hier um „Bildung für alle“ bzw. eine „Schule für alle“. Es sollen Einrichtungen geschaffen werden, die alle Kinder aufnehmen, Unterschiede wertschätzen, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingehen und das Lernen unterstützen. Ein weiterer wichtiger Punkt, der in der Erklärung gefordert wird, ist die Gleichstellung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderung in der Elementar-, Sekundar-, und Erwachsenenbildung anzuerkennen. Es wird auf das Recht verwiesen, dass Menschen mit Behinderung selbst Wünsche im Hinblick auf ihre Bildung äußern dürfen. Außerdem wird auf das Recht der Eltern aufmerksam gemacht, Informationen über Formen der Bildung zu erhalten, die zu den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Kinder passen. (vgl. Weltkonferenz Salamanca 1994)

Ausschlaggebend für die Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung und heutiger Meilenstein für Inklusion war die Verabschiedung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN- BRK) im Jahr 2006. Alle Staaten, die diesen Vertrag unterzeichneten, verpflichteten sich dazu, ihre nationale Gesetzgebung daran anzupassen. Die Konvention räumt keine Sonderrechte für Menschen mit Behinderung ein, sondern verpflichtet sich, Menschenrechte und Freiheiten für alle geltend zu machen.

Sie beschloss in ihren allgemeinen Grundsätzen:

*„a. die Achtung der dem Menschen innewohnende Würde, seiner individuellen Autonomie, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit im Sinne von Selbstbestimmung*

*b. die Nichtdiskriminierung,*

*c. die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft,*

*d. die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit,*

*e. die Chancengleichheit,*

*f. die Zugänglichkeit,*

*g. die Gleichberechtigung von Mann und Frau,*

*h. die Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und die Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität“*  
(<http://www.behindertenrechtskonvention.info/allgemeine-grundsätze-3765/>)

Um nun das Recht auf die vollständige Teilhabe und Zugehörigkeit der Menschen zu verwirklichen, trat die Behindertenkonvention in Deutschland nach der Ratifikation 2009 in Kraft und ist auf allen Ebenen völkerrechtlich verbindlich. In der offiziellen deutschen Übersetzung der UN- BRK kommt das Wort „Inklusion“ nicht vor sondern wird durch die Bezeichnung Integration ersetzt, was von vielen Seiten kritisiert wird (vgl. beispielsweise Frühauf, 2012, S. 11). Schließlich geht es darum, einen Paradigmenwechsel zu erzielen. Gesellschaft und Systeme sollen sich so verändern, dass „Anderssein“ der „Normalfall“ ist. Somit hat auch Deutschland anerkannt das Menschen mit Behinderung ein Recht auf Bildung haben. Der Artikel 24 der UN-BRK regelt das Recht, ein inklusives Bildungssystem und ein lebenslanges Lernen auf allen Ebenen zu schaffen, ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit (vgl. Wansing 2015, S. 43 ff). Susanne Kroworsch (2014) die sich mit der Inklusion im deutschen Schulsystem beschäftigt zeigt in ihrem Buch die Anwendungsschwierigkeit des Übereinkommens auf. Sie weist darauf hin, dass einige Normen der UN- BRK zwar unmittelbar anwendbar sind, kritisiert aber die z.B. unkonkret formulierten Normen, welche Spielraum bei der Umsetzung zulassen. (vgl. Susanne Kroworsch, 2014,S. 30 ff)

Jetzt stellt sich die Frage, wie Brandenburg und schlussendlich die Einrichtungen mit den Richtlinien des Vertrages umgehen und diesen gerecht werden. Susanne Kroworsch (2014) weist in ihrem aktuellen Buch „Inklusion im deutschen Schulsystem -Barrieren und Lösungswege“ verstärkt auf die Pflicht der Bundesländer hin ihr Landesschulgesetz anzupassen. Auch 6 Jahre nach Inkrafttreten der UN-



BRK wird dem im ungenügenden Maße nachgekommen. (vgl. Susanne Kroworsch, 2014, S. 31ff). Auch Brandenburg macht da keine Ausnahme. Bis heute ist man der Umsetzungspflicht nicht nachgekommen. Dieser Tatsache geschuldet gestaltet sich die Umsetzung inklusiver Schule schwierig. Denn auch ohne die grundsätzliche Regelung im Schulgesetz (u.a. die Sicherstellung der notwendigen personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung) wird von den verschiedensten Professionen spezifisches Wissen vorausgesetzt, wie z.B. den Unterschied zwischen Integration und Inklusion zu kennen und umzusetzen. Sie sollen in ihrer Organisation und Arbeitsweise jedem Kind gerecht werden und seinen individuellen Bedürfnissen entsprechen.

Um dennoch inklusive Bildung anzustreben und den Grundsätzen gerecht zu werden hat das Land Brandenburg, zur Umsetzung, eine Empfehlung zur Inklusionsentwicklung bis 2020, erstellt. Diese wird im Verlauf meiner Arbeit noch nähere Erläuterung finden. (s. Kapitel 3.2, S. 12 ff)

## **2.3 Integration und Inklusion im Vergleich**

Nach Albers ist Inklusion mit einem *„gesellschaftlichen und bildungspolitischen Paradigmenwechsel verbunden“* (Albers 2011, S. 15). Außerdem sieht er Inklusion als konsequente Erweiterung der Ziele der Integration an. (Albers 2010, S. 53) Um den Unterschied zwischen den beiden Begriffen klarer zu machen, bezieht sich Albers auf drei wichtige Merkmale, die die Verschiedenheit verdeutlichen:

*„1. Integration will den Menschen mit Behinderung in ein bestehendes System einpassen, Inklusion hingegen betrachtet den Menschen von Anfang an als Teil der Gesellschaft.*

*2. Inklusion nimmt keine Unterteilung in Gruppen (Menschen mit Behinderung, Frauen, Menschen mit Migrationshintergründen etc.) vor, sie will das System (z.B. Schule, Kindergarten, Arbeiten, Wohnen) an die Bedürfnisse der Menschen anpassen.*

*3. Inklusion basiert auf dem „Diversity“-Ansatz: Die Unterschiedlichkeit aller Menschen ist kein zu lösendes Problem, sondern eine Normalität. An diese Normalität wird das System angepasst und nicht umgekehrt.“* (Albers 2011, S. 15)

Das Integrationskonzept wird also nach Albers vor allem als eine Teilhabe von behinderten Kindern im Bildungssystem verstanden. Die Kinder werden in ein bestehendes System integriert, während das Inklusionskonzept jegliche Arten der Vielfalt mit einschließt. Das Kind wird schon immer als Teil dieser Gesellschaft anerkannt. Unterschiede wie das Alter, die Nationalität, die Intelligenz oder die körperliche Verfassung gehören zum Bild der Vielfalt dazu. (vgl. Albers 2011, S. 15)

Frühauf (2012) macht auf die „Austauschbarkeit“ der beiden Begriffe aufmerksam, wie sie in manchen Texten vorzufinden ist. Beide Begriffe werden wechselhaft benutzt oder gleichzeitig genannt (vgl. Frühauf 2012, S. 11) Frühauf verweist außerdem auf Hinz, der sich mit der Abgrenzung beider Begriffe beschäftigt. Für ihn bezieht sich Inklusion immer auf alle Seiten von Verschiedenheit. Er weist darauf hin, dass es passender ist, den Begriff der Integration zu verwenden, wenn ausschließlich um die Behinderung geht, da der Inklusionsbegriff sonst seinen Wert verlieren würde. Wenn es aber um Behinderung im Zusammenhang mit „gesellschaftlicher Marginalisierung“ geht, wäre es angemessener, den Begriff „Inklusion“ zu verwenden (vgl. Hinz, 2012, S. 49 ff).

Hinz hat zur Verdeutlichung der Unterschiede der integrativen und inklusiven Praxis eine Gegenüberstellung entworfen, welche auf den Primarbereich abzielt.

<b>Praxis der Integration</b>	<b>Praxis der Inklusion</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Eingliederung behinderter Kinder in die allgemeine Schule</li> <li>➤ Differenziertes System je nach Schädigung</li> <li>➤ Zwei-Gruppen-Theorie (Behinderte/Nicht behinderte)</li> <li>➤ Aufnahme von Kindern mit Behinderung</li> <li>➤ Individuumszentrierter Ansatz</li> <li>➤ Fixierung auf die administrative Ebene</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Leben und Lernen für alle Kinder in der allgemeinen Schule</li> <li>➤ Umfassende Systeme für alle</li> <li>➤ Theorie einer heterogenen Gruppe</li> <li>➤ Veränderung des Selbstverständnisses der Schule</li> <li>➤ Systemscher Ansatz</li> <li>➤ Beobachtung der emotionalen, sozialen und unterrichtlichen Ebenen</li> </ul>

<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ressourcen für Kinder mit besonderem Bedarf</li> <li>➤ Individuelle Curricula für einzelne</li> <li>➤ Förderpläne für Kinder mit Behinderung</li> <li>➤ Anliegen und Auftrag der Sonderpädagogik und Sonderpädagogen/innen</li> <li>➤ Sonderpädagogen/innen als Unterstützung für Kinder mit Behinderung</li> <li>➤ Ausweitung von Sonderpädagogik in die Schulpädagogik hinein</li> <li>➤ Kombination von Schul- und Sonderpädagogik</li> <li>➤ Kontrolle durch Experten/innen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ressourcen für Systeme (Schule)</li> <li>➤ Gemeinsames und individuelles Lernen für alle</li> <li>➤ Ein individualisiertes Curriculum für alle</li> <li>➤ Gemeinsame Reflexion und Planung aller Beteiligten</li> <li>➤ Anliegen und Auftrag der Sonderpädagogik und Schulpädagogen/innen</li> <li>➤ Sonderpädagogen/innen als Unterstützung für Klassenlehrer/innen, Klassen und Schulen</li> <li>➤ Veränderung von Sonderpädagogik und Schulpädagogik</li> <li>➤ Synthese von (veränderter) Schul- und Sonderpädagogik</li> <li>➤ Kollegiales Problemlösen im Team</li> </ul>
---	--

**Abbildung 1: Von der Integration zur Inklusion-terminologisches Spiel oder konzeptionelle Weiterentwicklung?, 2002, S. 359**

Hinz, der als einen Unterschied der Integration und Inklusion die Zwei-Gruppen-Theorie sieht, sagt, dass es nach dem Integrationsgedanken nur das „eine“ oder das „andere“ Kind gibt welches „Integrierbar“ oder „nicht integrierbar“ ist. Es findet innerhalb der Integration eine Abwertung gegenüber dem Anderssein statt. Im Inklusionskonzept hingegen wird von einer heterogenen Gruppe ausgegangen, die viele Minderheiten und Mehrheiten einschließt. Hinz beschreibt dies als allgemeine Pädagogik die es mit einer Gruppe zu tun hat da Verschiedenheit nicht mehr feststellbar ist (vgl. Hinz, 2002, S. 357). Weitere Kritik übt Hinz an den Bildungsplänen. Integration sieht vor, Förderpläne nur für behinderte Kinder zu entwickeln um sie am Schulleben teilhaben zu lassen. Was hier positiv klingt hat aber

einen sehr herben Beigeschmack da sie z.B. mit Vergünstigungen versehen oder Anforderungen reduziert werden. Damit wird das Kind mit Behinderung einer starken Stigmatisierung ausgesetzt. Im Gegensatz dazu, sieht das Inklusionskonzept alle Kinder als gleich an. Förderpläne beinhalten hier gemeinsame Lernziele die in Teilbereichen individualisiert sein müssen damit jedes Kind sinnvoll mit und an ihm lernen können (vgl. Hinz 2002, S. 354ff).

Ein weiterer Unterschied, der Integration und Inklusion klar voneinander trennt, ist die rechtliche Lage. M. Kron (2012) verweist auf Wocken, der in seinen Qualitätsstufen der Behindertenpolitik- und pädagogik Integration als ein Recht auf Gemeinsamkeit und Teilhabe definiert, welches auf einer solidarischen Anerkennung beruht. Im Gegensatz sieht er die Inklusion als ein Recht auf Selbstbestimmung und Gleichheit, das eine rechtliche Anerkennung genießt. Wocken sieht hierbei die Inklusion als „*die menschrechtliche Integration*“ (vgl. Kron 2012, Folie 16-17 nach Wocken 2011, S. 73-77). Inklusion ist ein Menschenrecht, das keine Bedingungen voraussetzt. Mit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenkonvention, welches seit 2009 auch für Deutschland Gültigkeit hat, bedeutet Inklusion für das Bildungswesen Gesetz. Artikel 24 der den Bereich Bildung regelt, sagt:

*„(1.) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderung auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives\* Bildungssystem auf allen Ebenen und Lebenslanges Lernen...*

*\* im englischen Originaltext: inclusive*

*(2.) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass*

*a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;*

*...*

*e) in Übereinstimmung mit dem Ziel der vollständigen Integration wirksame individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden.“*

...

(M. Kron 2012, Inklusion im Elementarbereich-Denkwerkstatt-, Folie 6-7)

Wenn man sich die deutsche Übersetzung der UN- BRK näher betrachtet bestätigt sich Frühauf Gedanke, das Integration und Inklusion Austauschbar sind, was ein falsches Bild aufwirft. Annedore Stein (2012) bestätigt die Aussage von Frühauf und macht auf die besondere Problematik aufmerksam, dass seitens der Politik und Verwaltung eine missbräuchliche Nutzung der Begrifflichkeiten stattfindet. Die Beliebigkeit der Verwendung von Leitbegriffen hat zur Folge, dass konkret eingeführte Leitbilder und Konzepte verwässern. Annedore Stein geht davon aus, dass mit der Deutschen Übersetzung der UN-BRK der weitreichende Änderungsbedarf am Schulsystem begrenzt werden soll. Es steht nicht mehr im Fokus das sich das Schulsystem im gesamten ändern muss wie es die Inklusion verlangt, sondern begrenzt es auf die Kooperation der Sonderschulen mit ausgewählten Allgemeinen Schulen ohne, dass das Schulsystem angetastet wird. (vgl. Stein, 2012, S. 78 ff)

### **3. Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020**

#### **3.1 Der Weg zur inklusiven Schule**

Das Land Brandenburg definiert Inklusion als:

*„ ... einen gesellschaftlichen Prozess, der einen Paradigmenwechsel in unserer Gesellschaft intendiert und der in Kooperation mit den Beteiligten gestaltet wird. Inklusion hat letztlich das Ziel, Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe für jede Einzelne und jeden Einzelnen zu garantieren.“* (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, „Schule für Alle“ Entwicklung und Umsetzung der inklusiven Bildung im Land Brandenburg, 2013, S.6)

Das Ministerium setzt hier vor allem den Bereich Bildung und Erziehung in den Fokus. Da Brandenburg rückblickend schon vor dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung den „*Vorrang des gemeinsamen Unterrichts*“ ([www.inklusion-brandenburg.de/entwicklung\\_in\\_brandenburg.html](http://www.inklusion-brandenburg.de/entwicklung_in_brandenburg.html)) schulgesetzlich verankert hat, soll nun mit den vorliegenden Erfahrungen das System weiter ausgebaut werden. (vgl. „Schule für Alle“ Entwicklung und Umsetzung der inklusiven Bildung im Land Brandenburg, 2013, S. 6) Der Vorrang des gemeinsamen Unterrichts darf an dieser Stelle nicht gleichgesetzt werden mit den Maßstäben der UN- BRK. Das Brandenburgische Schulgesetz wurde hinsichtlich der Inklusiven Bildung bis dato nicht reformiert.

Um regional erste Ansätzen der Gesetzgebung umzusetzen gab es im Frühjahr 2011 die ersten Regionalkonferenzen, wo die inklusive Schule öffentlich diskutiert wurde. Seit Oktober 2011 wird der Weg „Schule für Alle“ des weiteren von zehn Experten und Wissenschaftlern begleitet, die unabhängig die Inklusionsentwicklung dokumentierten. Der wissenschaftliche Beirat begleitete unabhängig das Bildungsministerium, bei der Umsetzung von Maßnahmen für eine inklusive Schullandschaft. Der daraus resultierende Abschlussbericht wurde in Form einer Empfehlung von den beiden Sprechern des Beirates, Wilfried Steinert und Prof. Dr. Ulf Preuß-Lausitz, im März 2014 an das Bildungsministerium überreicht. Dieses Empfehlungsschreiben soll der Weiterentwicklung zu einer „Schule für Alle“ bis 2020 dienen und als Leitfaden für alle Beteiligten von Nutzen sein. Der Beirat macht deutlich klar, dass das inklusive Bemühen des Landes erhöht werden muss (vgl. Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 6). Ebenso sieht er Ansätze der Umsetzung, die dennoch ausgebaut werden müssen. Alle beteiligten Akteure müssen zusammenarbeiten, damit sich ein Ort des individuellen und gemeinsamen Lernens entwickeln kann. Somit gibt der Beirat in acht Bereichen Empfehlungen, die den Weg zur Inklusiven Bildung bis 2020 begleiten. Um den Rahmen meiner Arbeit nicht zu sprengen, stelle ich im Folgenden die einzelnen Bereiche kurz vor und entnehme die für mich relevanten Empfehlungen (vgl. Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S.4 ff).

### 3.2 Empfehlungen des Beirates

Der erste Bereich befasst sich mit der Zukunftsfähigkeit der Brandenburger Schulen auf dem Weg zur Inklusion. Der Beirat beruft sich auf das Recht jedes Menschen, unabhängig seiner körperlichen, psychischen oder sozialen Voraussetzungen, auf Anerkennung und gemeinsames und individuelles Lernen. Jedes (vgl. Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S.4)

Zur Zielerreichung empfiehlt der Beirat:

*„1.1 Alle Schulen erweitern und konkretisieren ihr Leitbild bezüglich der Frage, wie mit der Vielfalt der Heranwachsenden in Erziehung und Lernen produktiv umgegangen wird. Leitbild und Schulprogramm werden auf der Homepage der Schule veröffentlicht.*

*1.2 Bei allen inklusiven Maßnahmen ist darauf zu achten, dass für Jungen und Mädchen die unterschiedlichen Bedarfe einer individuellen Förderung sichergestellt werden. Dies gilt nicht nur, aber besonders bei Fördermaßnahmen im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung. Grundsätzlich gilt: Individuelle Förderung darf nicht zur Separierung im gemeinsamen Unterricht führen. Das Bundesministerium für Bildung, Sport und Jugend (MBJS) stellt schulaufsichtlich sicher, dass beim weiteren Ausbau der gemeinsamen Unterrichtung entsprechend weniger Schülerinnen und Schüler in Förderschulen aufgenommen werden.*

*1.4 Landeseinheitliche Standards werden bei der Feststellung des Förderbedarfs im Bereich körperlich- motorische und geistigen Entwicklung und in den Förderschwerpunkten Hören und Sehen festgelegt (vgl. Handreichungen des MBJS) und durch Fortbildungen und Rechenschaftslegungen schulaufsichtlich gesichert. Im Bereich der Förderschwerpunkte Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache (LES) gilt dies, solange die Feststellung noch zur Ressourcenzuweisung eingesetzt wird. Für den gemeinsamen Unterricht dieser Schülerinnen und Schüler sind mindestens die gleichen sonderpädagogischen und sächlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen wie in den derzeitigen Pilotschulen.*

*1.7 Das MBJS wird aufgefordert, für die inklusive Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Hören, Sehen, körperlich- motorische Entwicklung und geistige Entwicklung verbindliche Ausstattung/ Rahmenbedingungen festzulegen. Für die künftigen Schulaufsichtsbereiche sind aus den bisherigen Sonderpädagogischen Förder- und Beratungszentren entsprechende Einrichtungen mit Beratung, Diagnostik, Materialausgabe und –pflege aufzubauen.“*

( Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 4- 8)

Im zweiten Punkt richten sich die Empfehlungen an die Gesellschaft. Der Beirat sieht Inklusion als Aufgabe der gesamten Gesellschaft und nicht nur einzelner Systeme. Um Kindern und Jugendlichen ein inklusives Aufwachsen zu ermöglichen, empfiehlt der Beirat:

*„2.1 Auf allen Ebenen – vom Land bis zur Kommune – sind die politisch Verantwortlichen aufgefordert, sich mit der Entwicklung inklusiver Bildung und Erziehung zu befassen und in diesem Prozess Partizipationsmöglichkeiten vor Ort sicherzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen sind so zu qualifizieren, dass sie in der Lage sind, ihr Handeln im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Prozesses hin zur inklusiven Gesellschaft zu reflektieren und zu gestalten. Pädagogische Einrichtungen, insbesondere Kindertageseinrichtungen und Schulen, schaffen im Rahmen der Eltern- und Kinderpartizipation sowie der Konzept- bzw. Schulprogramm- Entwicklung Möglichkeiten für alle Beteiligten, an der Entwicklung inklusiver Erziehung und Bildung mitzuwirken.*

*2.6 Das Land richtet eine Ombuds- Stelle Inklusion als Anlauf- und Moderationsstelle für Fragen und Konflikte im Rahmen der inklusiven Entwicklung von Erziehung und Bildung ein. Sie wird beim Behindertenbeauftragten des Landes angesiedelt.“*

( Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 8- 10)

Schulleitung, Lehrkräfte und weitere Beteiligte werden im dritten Bereich der Empfehlungen berücksichtigt. Der wissenschaftliche Beirat geht davon aus, dass nur mit gut vorbereiteten und strukturierten Lerngelegenheiten ein kompetenzorientierter individualisierter Unterricht möglich ist. Kein Kind darf dabei auf der Strecke bleiben. Der Unterricht und die Umgebung (personelle und sächliche Ausstattung) müssen geplant und angepasst werden, dass jedes Kind das Recht auf sein persönliches Bildungsziel wahrnehmen kann. Dies gilt nach Auffassung des Beirates auch für weitere Einrichtungen, wie z.B. Kita, Hort. Eine enge Zusammenarbeit von allen Einrichtungen ist Voraussetzung, um jedem Kind den Übergang zu erleichtern und inklusives Lernen und Leben fortzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, empfiehlt der Beirat:

*„3.1 Für Schulleiterinnen und Schulleiter aller Schulstufen und –formen wird ein Coaching-Angebot zur inklusiven Schulentwicklung zur Verfügung gestellt.*

*3.2 Regelmäßige regionale Fortbildungen zur inklusiven Unterrichtsentwicklung werden angeboten, die im Sekundar- I- Bereich schulformübergreifend sind. In die Gestaltung dieser Fortbildungen werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe, der Förder- und Beratungszentren einschließlich des Schulpsychologischen Dienstes einbezogen.*

*3.3 Jede Schule erhält zur Entwicklung ihres Inklusionskonzeptes sowie für die erforderlichen schulinternen Fortbildungen im Bereich Inklusion/ Umgang mit Heterogenität ein Fortbildungsbudget.*

*3.4 Das Land gewährt Schulträgern Zuschüsse zu Bau- und Ausstattungsinvestitionen in den Schulen (Herstellen von Barrierefreiheit, Schulstationen, Ruhe- und Therapieräume, Beratungsräume, Differenzierungsräume).*

*3.5 Schulbaurichtlinien für ein inklusives Schulsystem sind zu erarbeiten.*

*3.10 Perspektivisch ist die inklusive Schule (in Primar- und Sekundarstufen) eine Schule, in der rhythmisiertes ganztägiges Angebot für alle gewährleistet ist. Solange dies für einzelne*



*Kinder noch nicht zu verwirklichen ist, stimmen Grundschule und Hort/ integrierte Kindertagesbetreuung sowie weitere außerschulische Kooperationspartner ihre pädagogischen Konzepte ab und klären dabei spezifische Bedürfnisse und Unterstützungsnotwendigkeiten dieser Kinder in Abstimmung mit den Eltern und Leistungsträgern. Sie werden dabei vom regionalen Förder- und Beratungszentrum unterstützt.*

*3.13 Im BbgSchg wird ausdrücklich der Grundsatz der Inklusion für alle Schulstufen und -formen verankert. Das bedeutet, dass alle Schulen im Rahmen der vom Land vorgegebenen allgemeinen Ziele der Schulform in ihre Leitlinien und Schulprogrammen konkretisieren, was dies für ihre Schule konkret bedeutet. Die zieldifferente Unterrichtung an Gymnasien wird rechtlich ermöglicht, damit bei Konsens aller Zuständigen (Schulleitung, Schul- und Klassenkonferenz, Eltern und Elternvertreter) Inklusion an den jeweiligen Gymnasien ermöglicht wird. Diese Gymnasien werden dann entsprechend ausgestattet.“*

( Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 11- 16)

Im vierten Punkt diskutiert der Beirat einzelne Förderschwerpunkte unter dem Aspekt der Inklusion. Hierbei ist er sich bewusst, dass die derzeitigen zugewiesenen Schwerpunkte nicht immer dem Förderbedürfnis des Kindes entsprechen. Seine Empfehlungen spricht der Beirat dennoch an den bisherigen Begriffen der Förderschwerpunkte aus. Ziel ist es, die personelle, sächliche und bauliche Ausstattung der Schulen so zu gestalten das jedem Kind der Zugang gewährt werden kann. Hierzu empfiehlt der Beirat:

*„4.1 Im Sekundarbereich werden in jedem Kreis/jeder kreisfreien Stadt im Einvernehmen von Landkreis/kreisfreier Stadt, Schulträger, staatlichem Schulamt Schulen ausgewählt, die sich (zusätzlich zu ihrer Grundausstattung im Förderbereich LES) für einen oder mehrere weitere Förderschwerpunkte entscheiden. Diese Schulen werden von Landkreis/kreisfreier Stadt, Schulträger und Schulamt entsprechend personell, baulich und sächlich ausgestattet.*

*4.3 Es wird empfohlen, an allen inklusiven Schulen Schulstationen einzurichten.“*

( Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 16- 22)

Im fünften Bereich prüft der Beirat das sonderpädagogische Feststellungsverfahren und das Diagnostikverfahren an inklusiven Schulen. Das aktuelle Feststellungsverfahren zielt darauf ab, die Förderschwerpunkte des Kindes zu ermitteln und an die jeweiligen Schulen zu verweisen. Dieses Verfahren hat eine etikettierende Wirkung. Bisherige Ansätze inklusiver Diagnostik (z.B. ILEA= individuelle Lernstandanalyse) an der jeweiligen Grundschule zeigen, dass sie der Lernentwicklung aller Schüler/innen dienen. Die Lehrkräfte sollen insoweit qualifiziert werden, dass jedes Kind anhand der Diagnostik einen individuell angepassten Unterricht erfährt und seine Lernfortschritte anerkannt und wertgeschätzt werden. Die

individuelle Lernstandanalyse muss daher weiterentwickelt und ausgebaut werden um das Ziel, jedem Kind gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen, zu erreichen. Des weiteren sieht der Beirat auch die nötige Weiterentwicklung der didaktisch-methodischen Ausgestaltung des Lehrgeschehens sowie der organisatorischen Rahmenbedingungen vor.

Der Beirat empfiehlt zur Zielerreichung:

*„5.1 Es wird empfohlen, ein differenziertes System begleitender Diagnostik und Förderung einzuführen:*

*1. Für den inklusiven Unterricht werden eine den Lernprozess begleitende pädagogische Diagnostik und eine kontinuierliche Dokumentation der Lernentwicklung verpflichtend, damit der Unterricht auf der Basis der noch zu entwickelnden gemeinsamen Lehrpläne sowie der individuellen Förderpläne gestaltet werden kann.*

*6. Die Befähigung zur Lernprozessdiagnose und –beobachtung sowie die Entwicklung individueller Lern- und Entwicklungspläne ist in allen Phasen der Lehrerbildung Gegenstand der Professionalisierung.*

*7. Für die diagnostischen Aufgaben des inklusiven Unterrichts erhält die Schule entsprechende Zeitkontingente zur schulinternen Zuordnung für einzelne Lehrkräfte.*

*8. Spezifische Bedarfe, wie zum Beispiel Pflegebedarf durch Integrationshelfer oder Förderbedarf in speziellen Lernbereichen werden weiterhin im Einzelfall diagnostisch erhoben und sind mit den dokumentierten Lernbedürfnissen und Unterstützungsbedürfnissen der jeweiligen Schülerin bzw. des jeweiligen Schülers zu begründen.*

*9. Die Eltern bzw. Sorgeberechtigten sind in alle Prozesse transparent einzubeziehen. Vor abschließenden Entscheidungen sind sie zu hören; Gutachten und Protokolle aus Feststellungs- bzw. diagnostischen Verfahren sind ihnen rechtzeitig vor notwendigen Entscheidungen zur Verfügung zu stellen.“*

( Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 22- 24)

Im sechsten Bereich befasst sich der Beirat mit der Leistungsbewertung, dem Nachteilsausgleich und den zu erreichenden Schulabschlüssen. Weg von den Bildungsstandards, an den sich Rahmenpläne orientieren, hin zu inklusiven Lehrplänen, die offen gestaltet sind und dem Kind ermöglichen nach der individuellen Lernausgangslage Fähigkeiten zu entwickeln, sind dabei die wichtigsten Forderungen. Auch die Leistungsbewertung auf Klassenebene und Ebene der Standardeinschätzung steht hier zu Debatte. Der Beirat fordert alle Schulen auf, eine Bewertungsform anzuwenden, die die individuelle Lernentwicklung berücksichtigt, da jedem Kind ein Recht auf Anerkennung seiner Leistung zusteht ohne einen Standard zu erfüllen. Einen Vorteil sieht der Beirat in der Bewertung durch schriftliche

Einschätzungen, was im Land Brandenburg bis zur 4. Klassenstufe durchgeführt wird. Diese Form der Einschätzung ermöglicht den Lehrkräften auf die unterschiedlichen Zielsetzungen der Lernschritte einzugehen. Eine qualifizierende Fortbildung der Lehrkräfte für die individuelle, kompetenzorientierte Leistungsrückmeldung ist hier erforderlich, um Unsicherheiten in der Anwendung zu minimieren. Des weiteren fordert der Beirat die Anpassung der Rechtsnormen und die Neuregelung vom Nachteilsausgleich. Der Beirat empfiehlt daher:

*„6.3 Die Lehrkräfte werden durch Fortbildungen qualifiziert, Leistungen individuell und kompetenzorientiert zu bewerten, Lernentwicklungen kontinuierlich zu dokumentieren und daraus individuelle Lern- und Entwicklungspläne abzuleiten. Vorrang hat dabei die Beschreibung von Stärken und erreichten Kompetenzen. Entsprechende Module werden auch in die Lehrerbildung aufgenommen.“*

( Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 24- 27)

Im nächsten Schritt spricht der Beirat Empfehlungen für die Personalgestaltung aus. In einer inklusiven Schule ist es sinnvoll, Fachkräfte aus den unterschiedlichsten Bereichen in einem multiprofessionellen Team zusammenarbeiten zu lassen. In der Zusammensetzung des Teams muss darauf geachtet werden, dass jede einzelne Profession seinen Platz hat. Dazu gehören neben den pädagogischen Fachkräften u.a. auch die Sekretärin, Küchenkräfte, Fahrdienste und Hausmeister. Das Arbeitszeitbudget jedes einzelnen muss so gestaltet sein, dass Zeit für Abstimmungen, Organisation, Beratungen, Gestaltung des gemeinsamen Unterrichts, gewährleistet wird. Ziel ist es, ein Netzwerk an verschiedensten Professionen aufzubauen, welches sich am Leitbild der Inklusion orientiert und dem einzelnen Kind eine individuelle Förderung im gemeinsamen Unterricht erfahren lässt. Dazu empfiehlt der Beirat:

*„7.2 Die Leitung einer Schule wird schulgesetzlich um Verantwortliche mit entsprechenden Abminderungsstunden für besondere Förderung/Inklusionspädagogik und Ganztags erweitert. Entsprechende Aufgabenbeschreibungen und Beratungszeiten werden in den Stellenbeschreibungen verankert.*

*7.3 In der Arbeitsplatzbeschreibung und Arbeitszeitberechnung aller Lehrkräfte und pädagogischer Fachkräfte einer Schule werden Zeiten für notwendige Teamberatungen zur Vorbereitung und Reflexion inklusiven Unterrichts berücksichtigt. Die Einzelschulen führen einen wöchentlichen Planungs- und Besprechungstermin in ihren Jahrgangsteams durch, an dem auch die weiteren in diesem Jahrgang tätigen Personen (Schulsozialarbeiter, Sonderpädagogen, Integrationshelfer u.a.) teilnehmen.*

*7.4 Jede Schule erhält eine verlässliche Grundausrüstung sonderpädagogischer Kompetenz nach Maßgabe der gesamten Schülerzahl und Sozialindices, in kleineren Schulen ggf. auch im Verbund. Dabei ist darauf zu achten, dass diese zusätzlichen Kräfte nicht an mehr als zwei Schulen tätig sind.*

*7.5 Schulsozialarbeit wird im Schulgesetz verankert. Der Auftrag, das Leistungsspektrum und die Zuständigkeiten der Schulsozialarbeit sind zu beschreiben. Eine angemessene personelle, sächliche und räumliche Grundausrüstung wird für jede inklusive Ganztagschule zur Verfügung gestellt.“*

( Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 27- 33)

Die vorhergehenden Empfehlungen stellen natürlich auch die Kostenfrage zur Debatte. Der Beirat verweist hier auf Hegarty (1995), der festgehalten hat, dass Inklusion nicht nur pädagogisch effektiver ist sondern sich auch in der Gesamtsumme rechnet. (vgl. Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 34) Im achten Punkt wird der Versuch gestartet, Ausgaben für die Veränderungen abzuschätzen.

Der Beirat nimmt auf Basis seiner Empfehlungen an:

- „ dass für kürzere (inklusive) Schulwege die Aufwendungen für die Schülerbeförderung sinken;
- dass bei Wegfall einzelner Förderschulen das dortige nichtpädagogische Personal entfällt oder an anderen Schulen eingesetzt werden kann, die Betriebs- und Investitionskosten entfallen und die Lehr- und Lernmittelanteile kostenneutral in allgemeine Schulen verlagert werden können;
- dass die Ausgaben für das sonderpädagogische lehrende Personal nicht steigen, da nach Beiratsempfehlung der Lehrer-Schüler-Anteil im gemeinsamen Unterricht dem in der entsprechenden Förderschulart entspricht;
- dass die Ausgaben für das allgemeinpädagogische lehrende Personal um den allgemeinen Lehrer-Schüler-Anteil steigt, weil nun alle Kinder, auch die mit Förderbedarf, allgemeine Schülerinnen und Schüler sind und entsprechend gerechnet werden;
- dass alle allgemeinen Schulen einen Gesundheits-/Therapieraum haben und dafür – falls noch nicht vorhanden – eine einmalige Ausstattung durch den Schulträger vorgenommen werden muss;
- dass bei der empfohlenen Einrichtung eines Auszeitbereichs (‘Schulstation’, ‘Oase’) eine einmalige Investition getätigt und sozialpädagogisches bzw. Erzieherpersonal vorhanden sein muss.“

( Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 34- 36)

### **3.3 Hypothesen/ Annahmen**

Die folgenden Hypothesen wurden aus der Theorie und den Empfehlungen des Beirates abgeleitet und werden anschließend mit Hilfe einer Befragung untersucht.

1. Inklusion ist nur ein Begriff, der mit Integration gleichgesetzt wird.
2. Inklusion wird als Nachteil gesehen.
3. Es besteht ein hoher Aufklärungsbedarf.
4. Inklusion ist in der Umsetzbarkeit eine Illusion.

## **4. Die inklusive Schulentwicklung an der Berggrundschule Doberlug-Kirchhain**

### **4.1 Methode**

Gegenstand der Befragung ist der Art nach (vgl. Mayring, S. 66) ein standardisierter Fragebogen mit geschlossenen Fragen. Teilweise waren Ergänzungen möglich, welche die Befragten selbst formulieren konnten. Die Schlussfrage wurde offen gestaltet, um jedem einzelnen die Möglichkeit zu bieten, alle Fragen die offen sind zu äußern. Orientierung für den Entwurf der Fragen war der „Index für Inklusion“, der von Booth & Ainscow (2000) entwickelt wurde und von Ines Boban und Andreas Hinz 2003, übersetzt, überarbeitet und veröffentlicht wurde (vgl. Boban/ Hinz, 2003, S. 49 ff). Die ausgeteilten Fragebögen wurden für drei Personengruppen erstellt. Der Fragebogen der Lehrer/ Mitarbeiter erörtert das Wissen und die Akzeptanz zur Inklusion. Ziel ist es, den aktuellen Stand inklusiver Bildung zu analysieren und die Akzeptanz zu Neuerung aufzuzeigen. Der Fragebogen Eltern erörtert die Kenntnis des Begriffes Inklusion und dessen Bedeutung für das eigene Kind. Ziel soll es sein zu analysieren, inwieweit Eltern in den Prozess inklusiver Bildung einbezogen werden und wie sie dazu stehen. Der Fragebogen für Schüler der Klassenstufen 4-6 wurde altersgerecht gestaltet. Die Fragestellung für alle Beteiligten sind aufbauend formuliert. Zunächst werden die Kenntnis und das Verständnis des Begriffes „Inklusion“ erfragt. Weitere Fragestellungen sollen dann Auskunft über den persönlichen Umgang mit Kindern mit Behinderung geben. Danach wird ermittelt, welche Einstellung die Beteiligten zum gemeinsamen Unterricht haben. Alle drei Personenkreise haben im Abschluss die Möglichkeit, offene Fragen zum Thema „Inklusion“ zu verfassen. Ziel der offenen Frage ist es, zu ermitteln inwieweit

Aufklärungsbedarf besteht und in welchen Bereichen. (vgl. Anhang, Fragebögen, S. 46)

## **4.2 Prozess**

Für die Datenerhebung wurde eine Einrichtung aus meinem nahen Umfeld ausgewählt. In Absprache mit dem zuständigen Schulamt trat ich an die Schulleitung heran, um dort den Inhalt und die Verwendung meiner Befragung vorzustellen. In anschließenden Lehrer- und Elternkonferenzen wiederholte ich die Vorstellung um mir die Zustimmung für die Durchführung meiner Umfrage einzuholen. Die Elternsprecher beschlossen hierbei, die Befragung der Schüler an der Schule durchzuführen, um eine Befangenheit der Elternschaft auszuschließen. Um ein reales Bild des aktuellen Standes inklusiver Bildung zu erhalten verzichtete, ich bewusst auf die Sensibilisierung mit der Thematik bei den Zielgruppen. Die Information der Eltern der Klassenstufe 4-6 wurde über die Durchführung der Befragung erfolgte durch einen Handzettel, womit ihnen das Recht der Teilnahmeuntersagung eingeräumt wurde.

Der Fragebogen wurden an insgesamt 25 Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen, 119 Schüler/innen und 270 Eltern ausgeteilt. Eltern sowie Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen wurde ein Rückgabezeitraum von fünf Tagen eingeräumt da. Die Schüler/innen der 4-6 Klassenstufe nahmen an der Befragung im Rahmen des Unterrichts teil. Die zurückgekommenen Fragebögen aller drei Personengruppen wurden von mir am Stichtag im zuständigen Sekretariat in Empfang genommen.

## **4.3 Vorstellung der Berggrundschule Doberlug- Kirchhain**

Die Berg- Grundschule, die sich in Trägerschaft der Stadt Doberlug- Kirchhain befindet, ist im Ortsteil Kirchhain angesiedelt und ist die einzige Grundschule nach der Fusionierung 2003/04 vor Ort. Insgesamt zählt die Grundschule 25 Mitarbeiter/innen, welche sich aus Pädagogen/innen, Sekretärin, Schulsozialarbeiterin, Hausmeister sowie Küchenkräften zusammensetzen und für die Beschulung, Betreuung und Belange von 276 Schüler/innen zuständig sind. Nach Aussage der Schulleitung, besuchen dato 15 Kinder mit einem sonderpädagogischen Mehrbedarf die Berggrundschule, die konzeptionell eine offene Ganztagschule ist. Laut ihrem pädagogischen Ganztagskonzept zeichnet sie sich durch ihr Leitbild „Selbstwirksamkeit“ aus, welches in allen Phasen der pädagogischen Arbeit

repräsentiert wird. Nach diesem Leitbild lernen Fachkräfte mit den Kinder so, dass sie *„Sachkompetenz erwerben, Lernen als positiv empfinden, von eigenen Fähigkeiten überzeugt sind, handeln beim Lernen, sich ausprobieren, selbständig lernen, sozial mehr empfinden, besser miteinander umgehen können.“* (Bergrundschule Doberlug- Kirchhain, S. 3) Um ein Ganztagsangebot gestalten zu können, ist der Hort der wichtigsten Kooperationspartner. (vgl. Berggrundschule Doberlug- Kirchhain)

#### **4.4 Ergebnisse**

Zur Datenerfassung werden im Folgenden die Ergebnisse des Fragebogens der jeweiligen Personengruppen ausgezählt und grafisch dargestellt. Bemerkungen und Aussagen werden erfasst und übersichtlich zum jeweiligen Punkt hinzugefügt. Die Antworten der offenen Frage werden kategorisiert und nach der Anzahl der Nennung wiedergegeben. Im Anschluss werde ich, die prägnantesten grafisch dargestellten Ergebnis in kurzen Worten reflektieren.

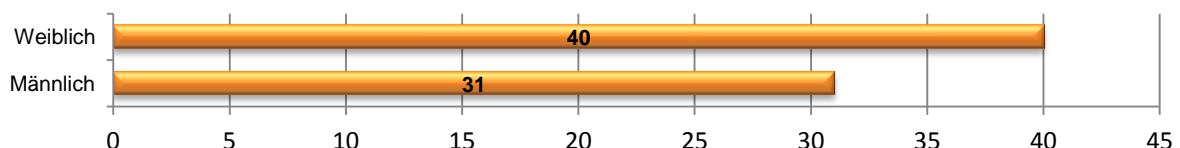
(angegebene Wortwahlen und Bemerkungen sind den Fragebögen entnommen)

##### **4.4.1 Auswertung des Fragebogens „Schüler/innen“**

Von 119 ausgeteilten Fragebögen wurden 78 Bögen ausgefüllt zurückgegeben. 7 Fragebögen weisen Befangenheitsmerkmale auf und werden in der Auswertung nicht berücksichtigt. 71 auszuwertende Bögen entsprechen einem prozentualen Anteil von 59,67%.

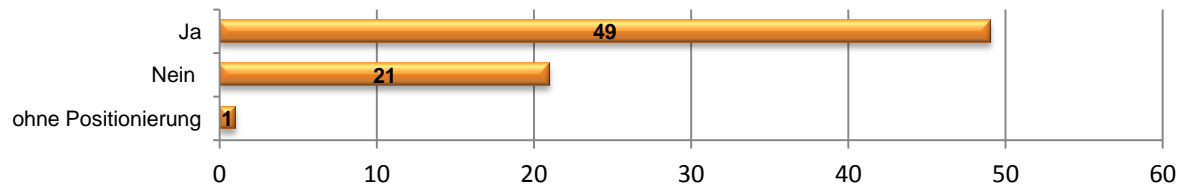
#### **Ergebnisse Schüler/innen**

##### Geschlecht



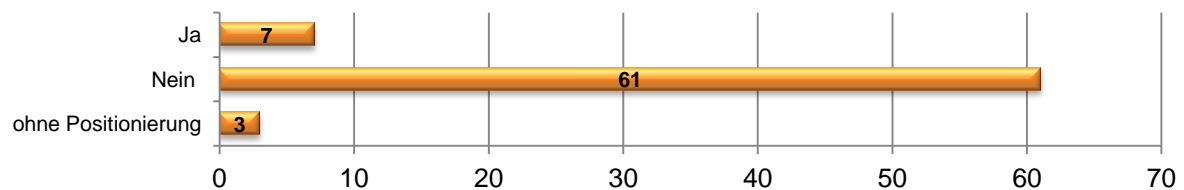
### Frage 1

Ich habe die Erklärung zum Thema Inklusion verstanden.



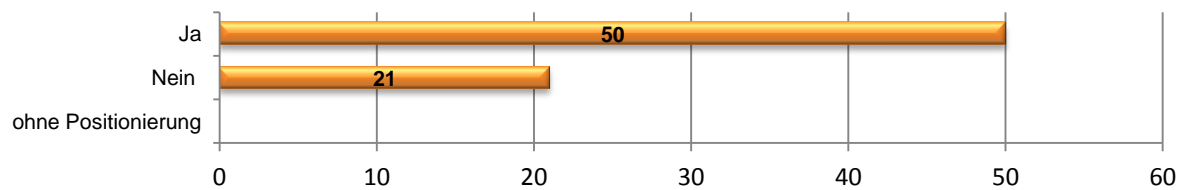
### Frage 2

Im Unterricht wurde das Thema „Inklusion“ behandelt.



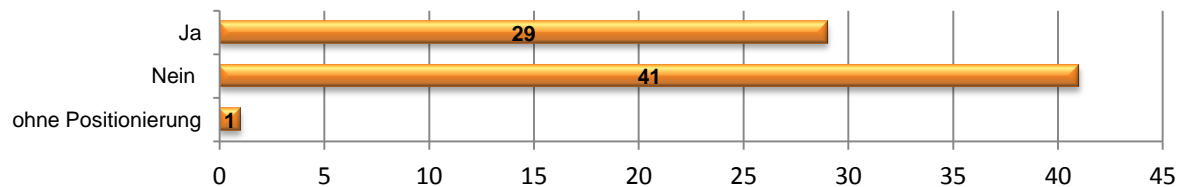
### Frage 3

Ich würde es gut finden, wenn an unserer Schule in Zukunft behinderte und nicht behinderte Schüler/innen gemeinsam unterrichtet werden.



### Frage 4

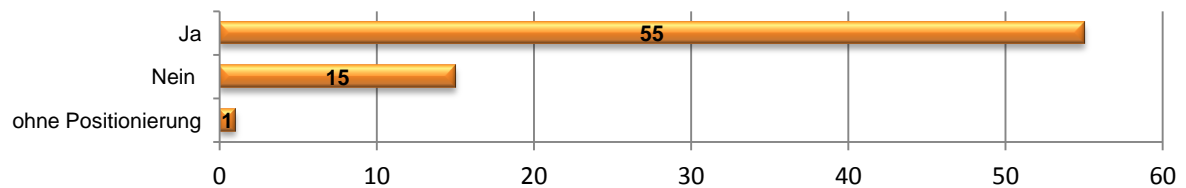
Ich befürchte, dass ich in einer Klasse, in der auch behinderte Kinder unterrichtet werden, nicht genügend lernen könnte.





### Frage 5

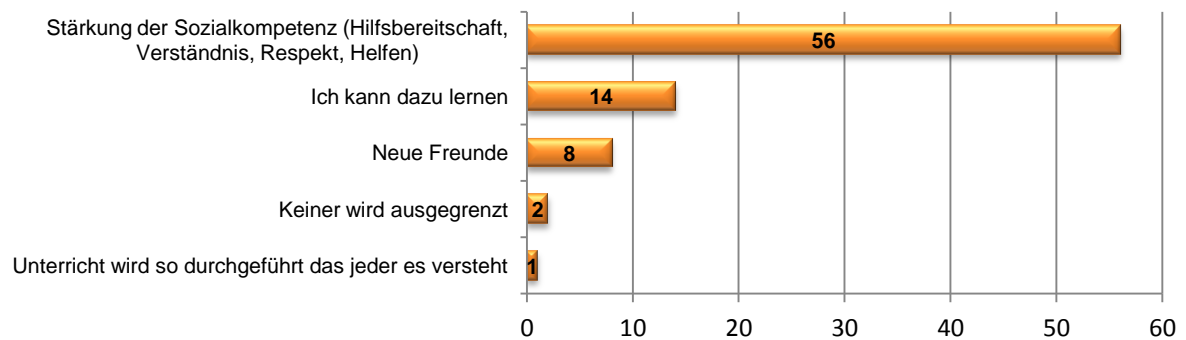
Ich glaube, dass das gemeinsame Lernen mit behinderten Kindern meine Fähigkeiten im Umgang mit anderen Menschen (Sozialkompetenz) stärkt.



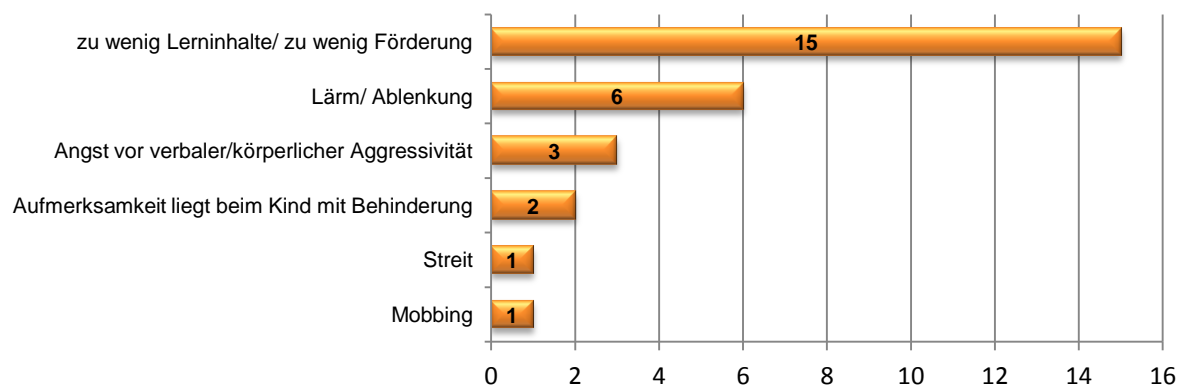
### Frage 6

Welche Vor- und Nachteile siehst du beim gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schüler/innen?

#### Vorteile:

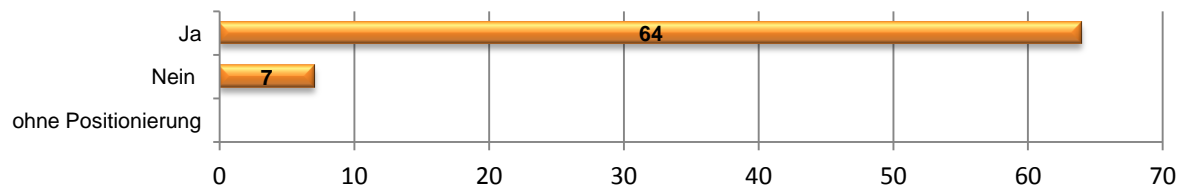


#### Nachteile:



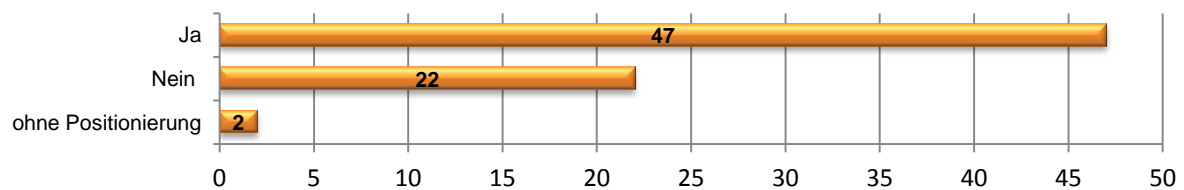
### Frage 7

Ich bin bereit, körperlich behinderten Mitschülern beispielsweise mit dem Rollstuhl zu helfen (z.B. Türen öffnen, Schieben).



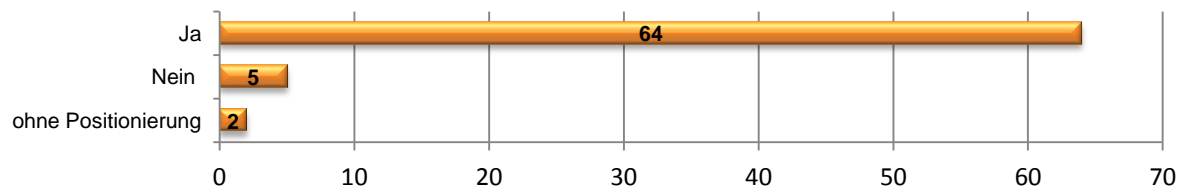
### Frage 8

Ich bin bereit, geistig behinderten Mitschülern beispielsweise beim Lernen zu helfen (z.B. zusätzliche Erklärungen, geduldig sein).



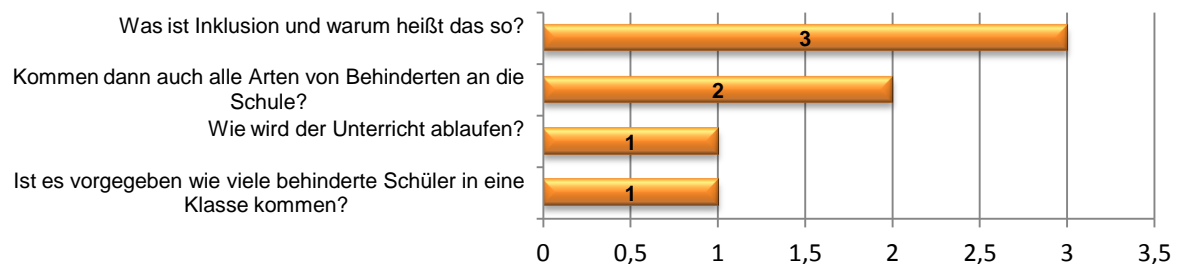
### Frage 9

Ich bin bereit, behinderte Mitschüler genauso zu behandeln wie nicht behinderte (z.B. tolerant sein, Respekt zeigen, nicht auslachen) und ggf. für sie einzutreten.



### Frage 10

Ich habe noch folgende Fragen zum Thema „Inklusion“



## Reflexion der Ergebnisse

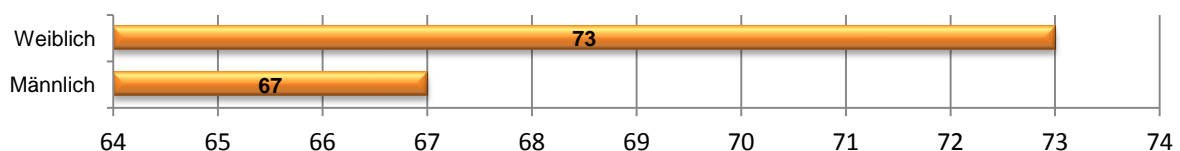
Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass nur ein geringer Teil sich der Bedeutung des Inklusionsbegriffes sicher scheint, was darauf schließen lässt, dass eine ungenügende Sensibilisierung mit dem Thema stattfindet. Diese Vermutung bestätigten 61 Schüler/innen mit der Angabe „Inklusion“ im Unterricht nicht behandelt zu haben. Im weiteren Verlauf der Befragung zeichneten sich die Schüler/innen durch eine hohe Sozialkompetenz aus. Die Fragen zum Umgang mit Schüler/innen mit Behinderungen, sieht ein großer Teil als bereichernd an. Der Hauptteil sieht eine Stärkung seiner eigenen Person im gemeinsamen Lernen und ist bereit zu Unterstützen. Im Bereich der Vor- und Nachteile ergab die Analyse der Fragebögen ein sehr ausgewogenes Ergebnis. Ein hervorstechendes Resultat war hier, dass 56 Schüler/innen als Vorteil die Stärkung der Sozialkompetenzen sehen. Hilfsbereitschaft, Respekt, Toleranz waren fortlaufende Eigenschaften die angegeben wurden. Die abschließende Frage, nach offenen Fragen, zum Begriff „Inklusion“, erhielt die wenigste Beachtung. Sieben Schüler/innen verfassten, persönlich offene Fragen. Hier vermute ich, liegt die geringe Beteiligung daran, dass die Schüler/innen sich zum Teil nicht trauten und es schwer fiel Fragen zu verfassen. Im nach hinein betrachtet, hätte ich diese Frage im Schülerfragebogen nicht verfassen sollen.

### 4.4.2 Auswertung des Fragebogens „Eltern“

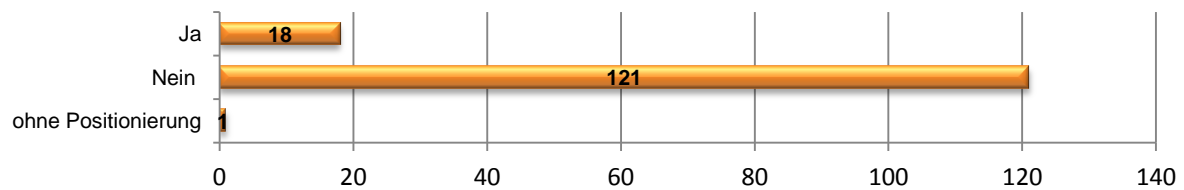
Von 270 ausgeteilten Fragebögen wurden 140 Bögen ausgefüllt zurückgegeben. 140 auszuwertende Bögen entsprechen einem prozentualen Anteil von 51,85%.

## Ergebnisse Eltern

### Geschlecht

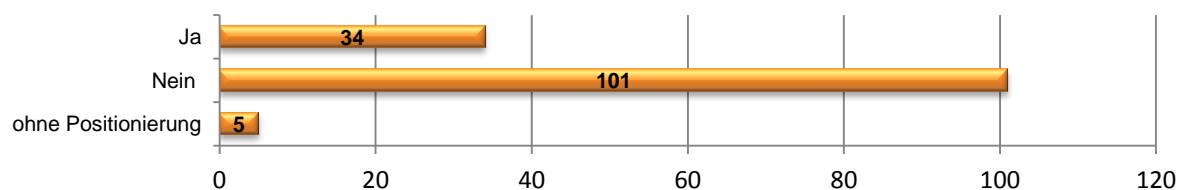


### Kind mit sonderpädagogischem Mehrbedarf



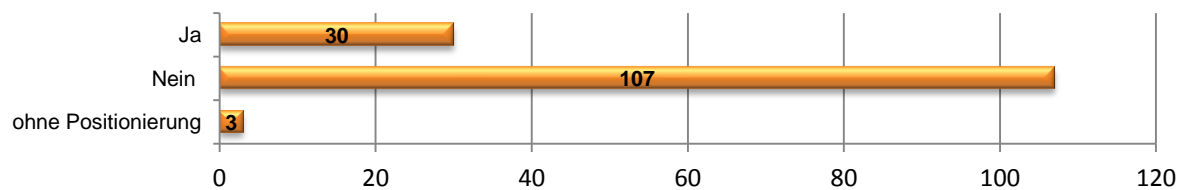
### Frage 1

Es fanden Informationsveranstaltungen von seitens der Schule statt bzw. erhielt ich ein Infoschreiben zum Thema Inklusion und der zukünftigen Einführung des gemeinsamen Unterrichts?



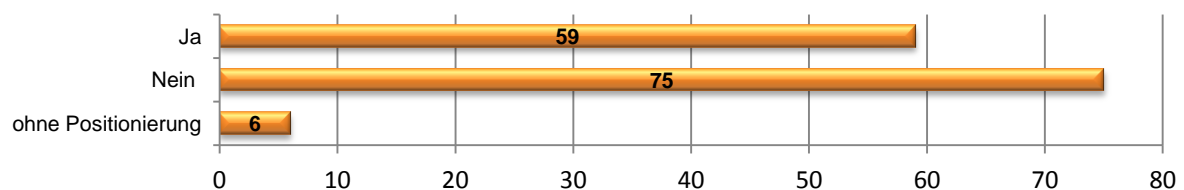
### Frage 2

Ich werde über die Fortschritte zum gemeinsamen Unterricht von der Schule informiert und in die Entwicklung mit einbezogen?



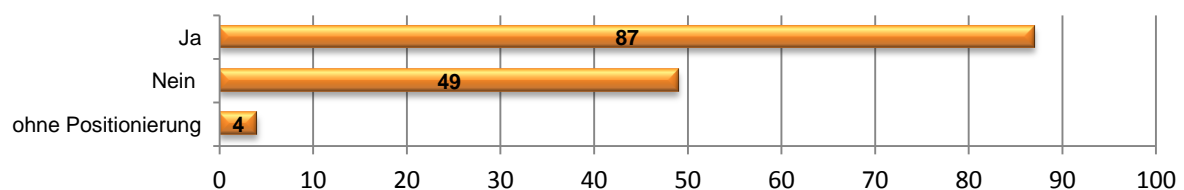
### Frage 3

Ich finde es gut, wenn an der Schule meines Kindes in Zukunft behinderte und nicht behinderte Schüler/innen gemeinsam unterrichtet werden?



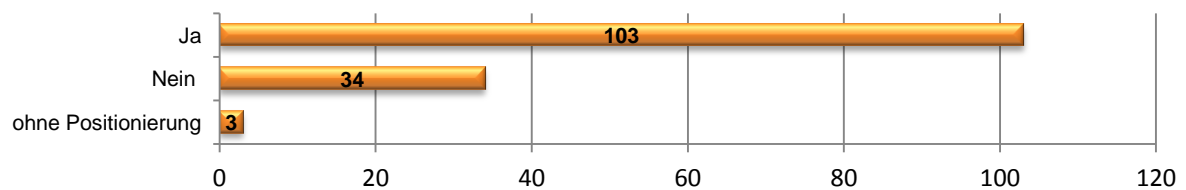
### Frage 4

Alle Kinder lernen in einer inklusiven Klasse ihren Fähigkeiten entsprechend!



### Frage 5

Das gemeinsame Lernen mit behinderten Kindern stärkt die Fähigkeiten meines Kindes im Umgang mit anderen Menschen (Sozialkompetenz)!

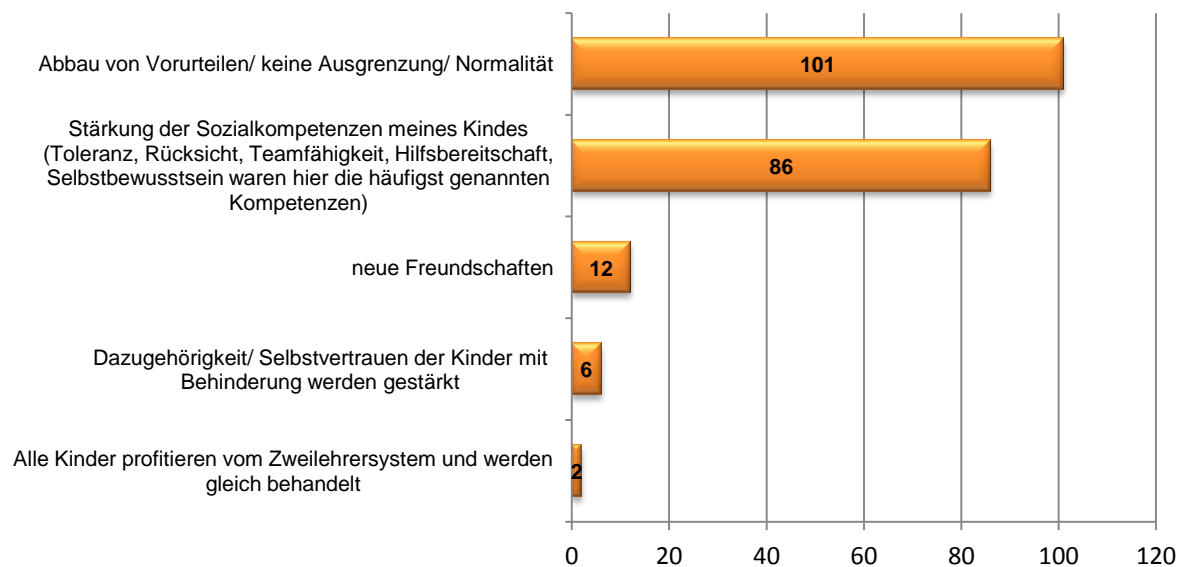


### Frage 6

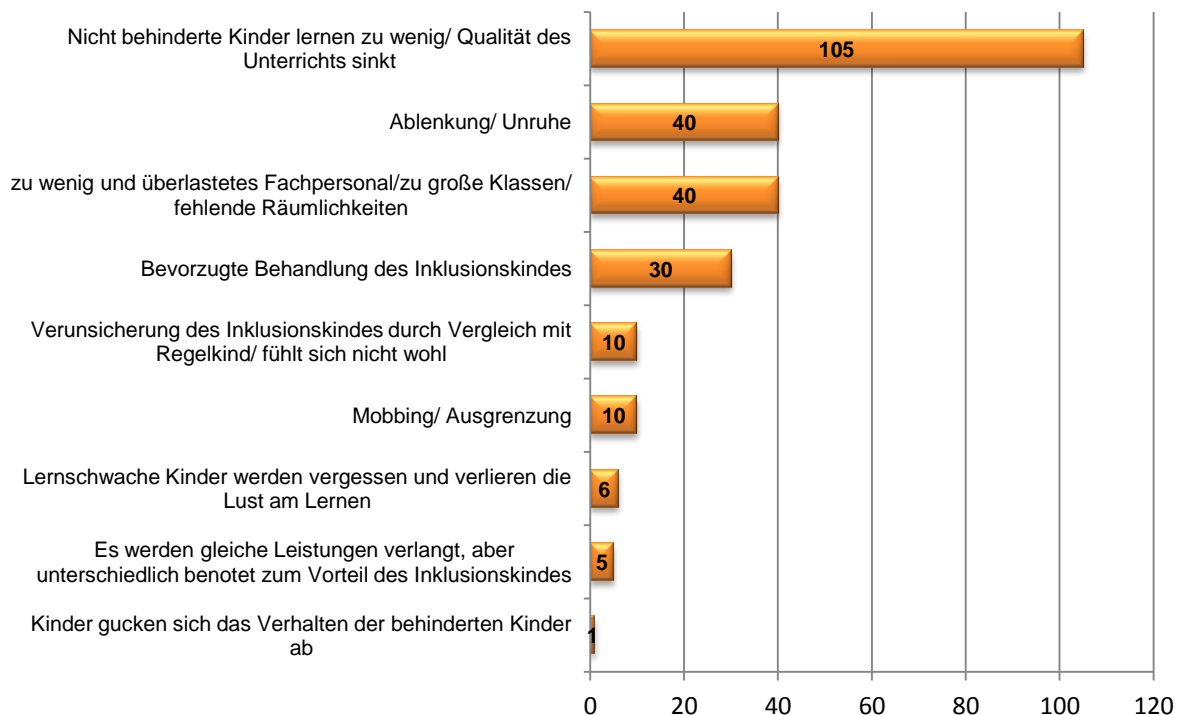
Welche Vor- und Nachteile sehen Sie beim gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schüler/innen?

#### Vorteile:

Bezogen auf die Vorteile am gemeinsamen Unterricht gaben die Eltern folgendes an:

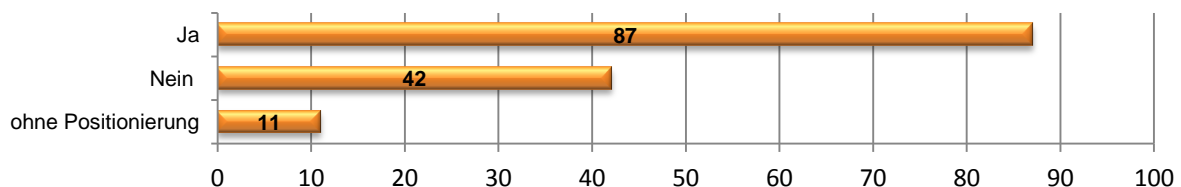


### Nachteile:



### Frage 7

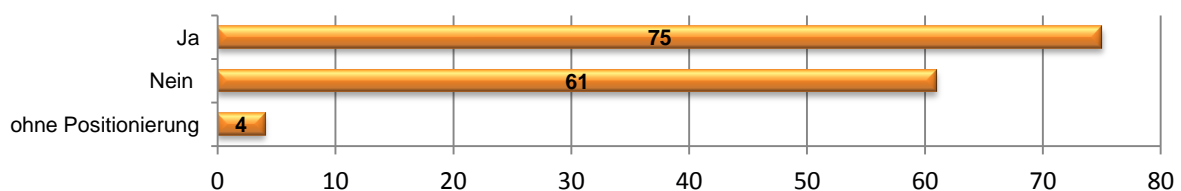
Das gemeinsame Unterrichten mit Sonderpädagogen und ggf. Integrationshelfern (also im multiprofessionellen Team) sehe ich als notwendig und hilfreich für jedes Kind in der Klasse an.



### Frage 8

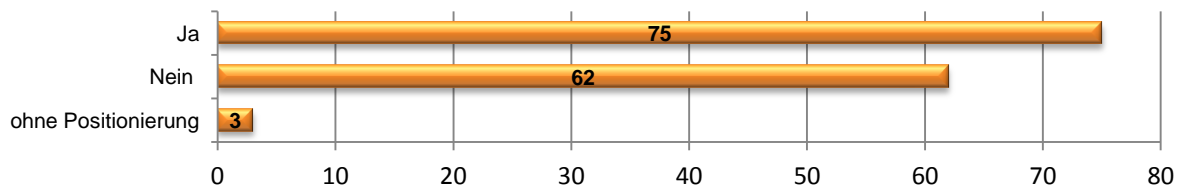
Unter den folgenden Voraussetzungen

- personelle Verstärkung (Sonderpädagogen, Inklusionshelfer)
- bauliche Veränderungen werden vorgenommen
- es werden zusätzliche Materialien zur gezielten Förderung der inklusiven Schüler angeschafft
- 
- 
- 



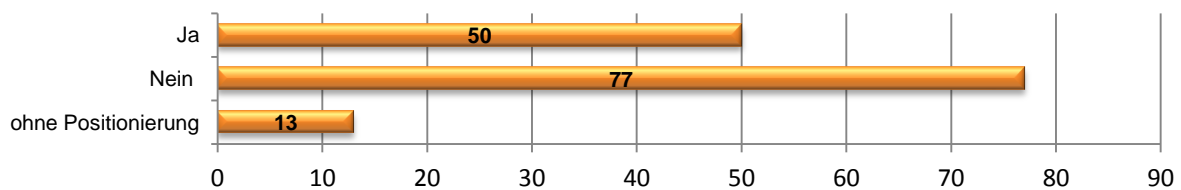
### Frage 9

Ich bin bereit, weitere Infoveranstaltungen bzw. Weiterbildungen zur Thematik aufzusuchen.



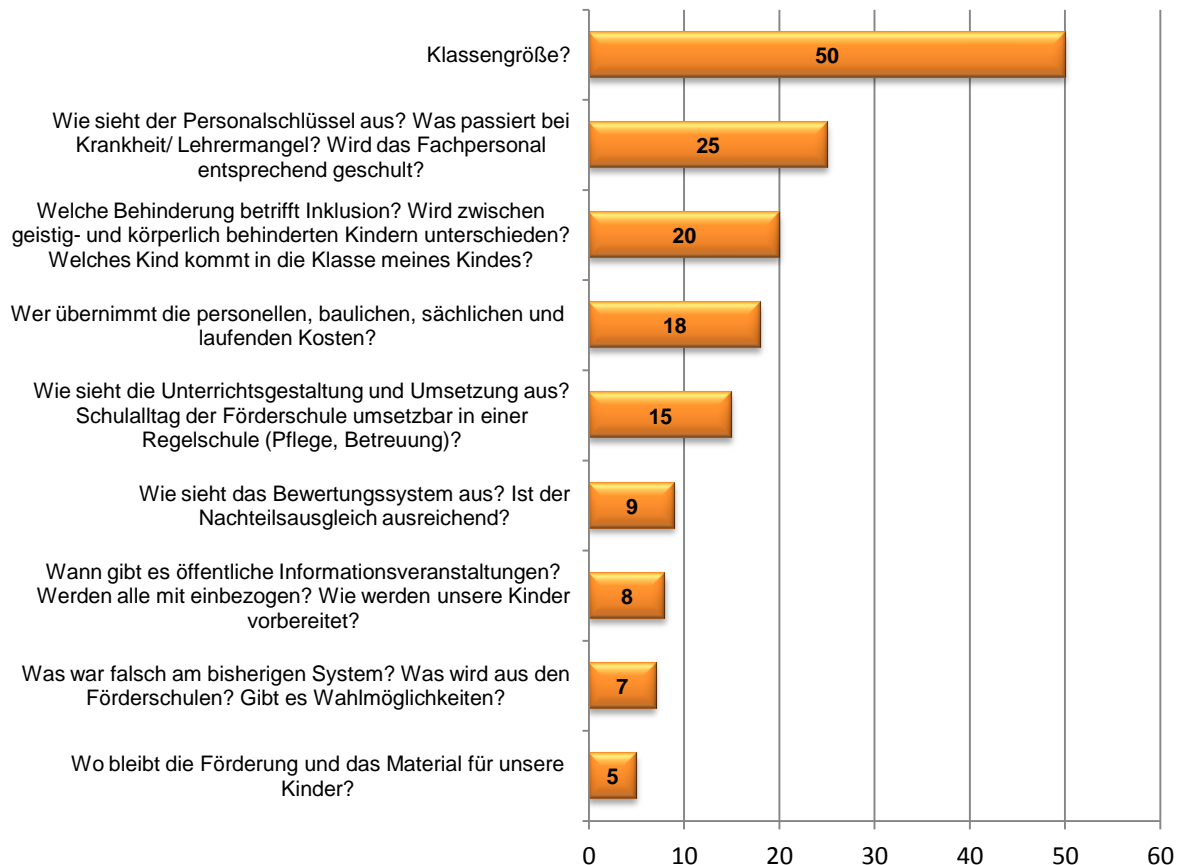
### Frage 10

Ich bin bereit, die Einführung des gemeinsamen Unterrichts zu unterstützen.



### Frage 11

Folgende Fragen sind mir zum Thema „Inklusion“ offen.



## Reflexion der Ergebnisse

Von den 140 auszuwertenden Fragebögen gaben 18 Eltern an, dass das Kind einen sonderpädagogischen Mehrbedarf hat. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Elternschaft an der Einführung „Inklusive Schule“ nicht beteiligt ist. Die Mehrheit der Eltern gab an, dass es weder Informationsveranstaltungen zum Thema gibt, noch Informationen über die Entwicklung und Fortschritte zum gemeinsamen Unterricht. Dieser hohe Anteil erklärt das Ergebnis des Verständnisses und der Einstellung zum Thema „Inklusion“. Der Hauptteil der Eltern unterschied bei den Fragen zur Bedeutung von Inklusion für das eigene Kind zwischen geistig und körperlich Behinderten. Sie halten gemeinsamen Unterricht mit körperlich behinderten Kindern für umsetzbar, wenn gleichzeitig die personellen, materiellen und sächlichen Voraussetzungen passen. Der gemeinsame Unterricht mit geistig behinderten Kindern wird klar abgelehnt. Im Widerspruch dazu sehen 101 Eltern den größten Vorteil darin, dass das „Anderssein“ als Normal angesehen wird und niemand ausgegrenzt wird. 86 Eltern sahen desweiteren einen Vorteil in der Stärkung der Sozialkompetenzen beim eigenen Kind. Meine Annahme hier ist, dass auch hier der größte Teil der Eltern die Vorteile des eigenen Kindes in Verbindung mit körperlich behinderten Kindern sehen. Auf die Frage nach den Nachteilen ist die größte Sorge der Eltern, dass das eigene Kind zu wenig lernt, die Qualität des Unterrichts sinkt und die Klassen zu groß sind. Auch die Mehrbelastung/ Überlastung bzw. fehlendes Fachpersonal, sowie Unruhe und Ablenkung beim gemeinsamen Unterricht, sehen die Eltern als großen Nachteil an. (weitere Nachteile sind der grafischen Darstellung, Frage 6, zu entnehmen) Dies erklärt auch die geringe Bereitschaft, die Einführung des gemeinsamen Unterrichts zu unterstützen. Die Möglichkeit offene Fragen zum Thema zu stellen nahm der Hauptteil der Eltern in Anspruch. Fragen nach der Finanzierung (baulich, materiell, sächlich), nach der Klassengröße und welche Behinderungen Inklusion betrifft waren am häufigsten vertreten. Anhand der Auswertung, gibt es desweiteren Unklarheiten über das Bewertungssystem und die Unterrichtsgestaltung. Da blieb die Frage nach Informationsveranstaltungen natürlich nicht aus, wozu sich 75 Eltern bereit erklärten, diese aufzusuchen. Nur wenige Eltern fragten nach der Förderung des eigenen Kindes bzw. nach dem, was ist, wenn sich Leistungsstarke Schüler/innen langweilen. Angesichts der analysierten Vor- und Nachteile wäre ich hier von mehr Eltern ausgegangen.



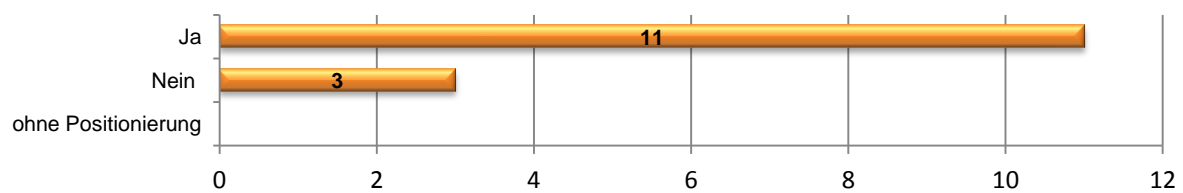
#### 4.4.2 Auswertung des Fragebogens „Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen“

Von 25 ausgeteilten Fragebögen wurden 14 Bögen ausgefüllt zurückgegeben. 14 auszuwertende Bögen entsprechen einem prozentualen Anteil von 56,0%.

##### Ergebnisse Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen

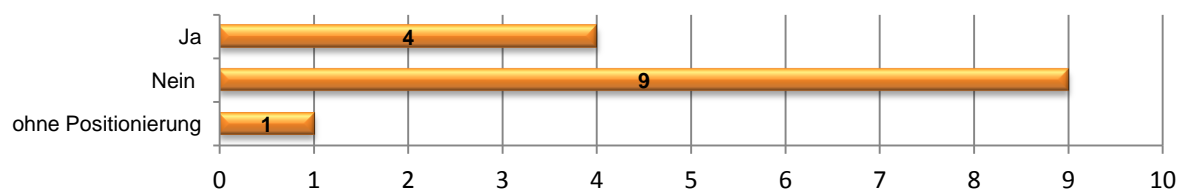
###### Frage 1

Die Empfehlung des Beirats „Inklusive Bildung beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg 2014, ist mir bekannt.



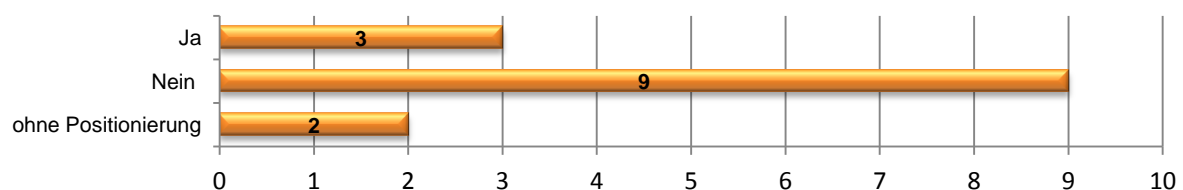
###### Frage 2

Die Entwicklung in die angestrebte inklusive Beschulung finde ich wünschenswert.



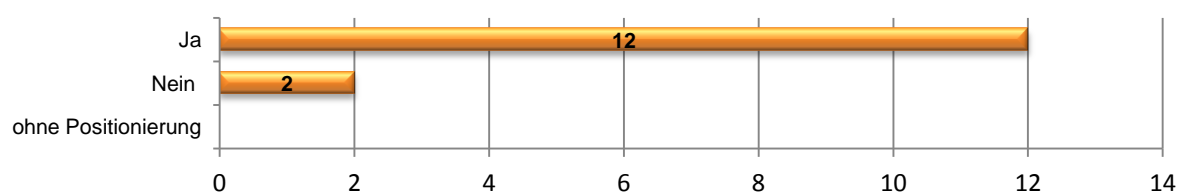
###### Frage 3

Das Leitbild unserer Schule wurde anhand des inklusiven Gedankens konkretisiert.



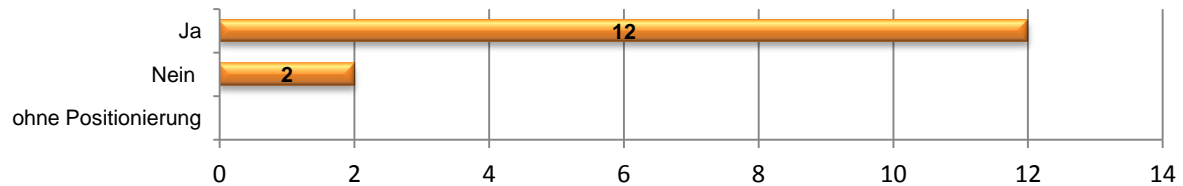
###### Frage 4

Alle Kinder lernen in einer inklusiven Klasse ihren Fähigkeiten entsprechend!



### Frage 5

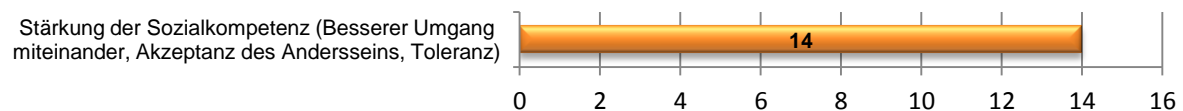
Das gemeinsame Lernen mit behinderten Kindern stärkt die Fähigkeiten der Schüler/innen im Umgang mit anderen Menschen (Sozialkompetenz) stärkt.



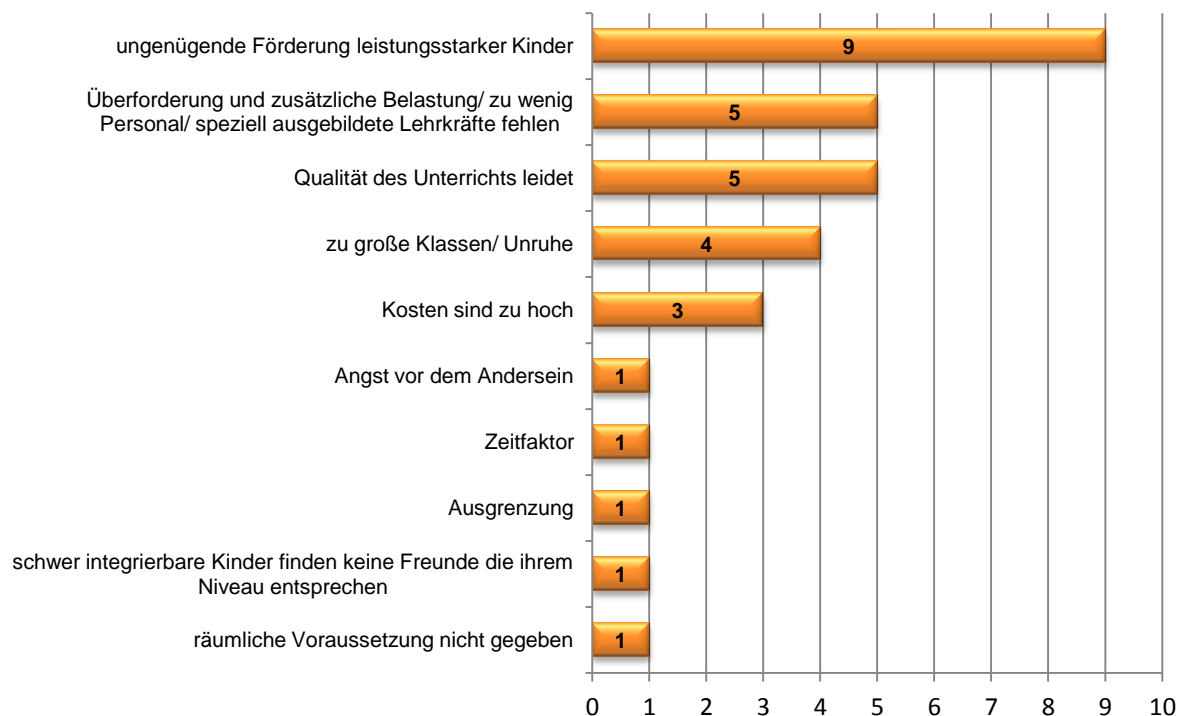
### Frage 6

Welche Vor- und Nachteile sehen Sie beim gemeinsamen Unterricht v. behinderten und nicht behinderten SchülerInnen?

#### Vorteile

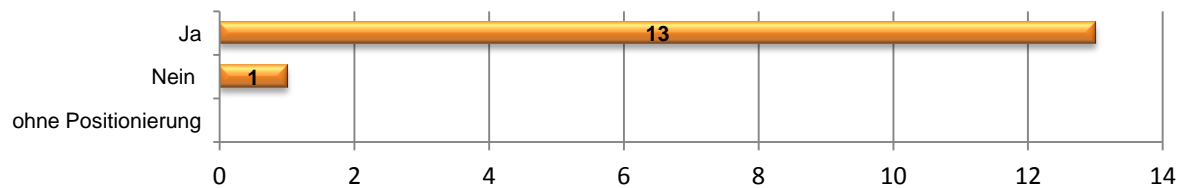


#### Nachteile



### Frage 7

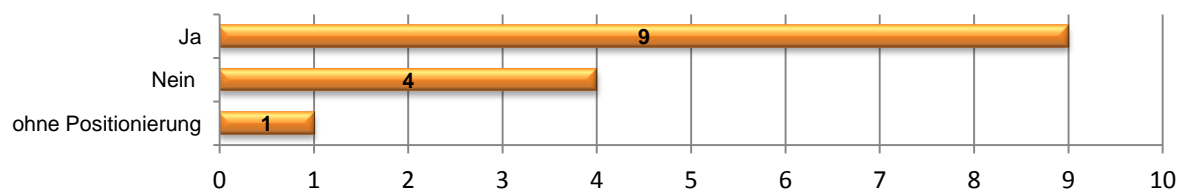
Das gemeinsame Unterrichten mit Sonderpädagogen und ggf. Integrationshelfern (also im multiprofessionellen Team) sehe ich als notwendig und hilfreich für jedes Kind in der Klasse an.



### Frage 8

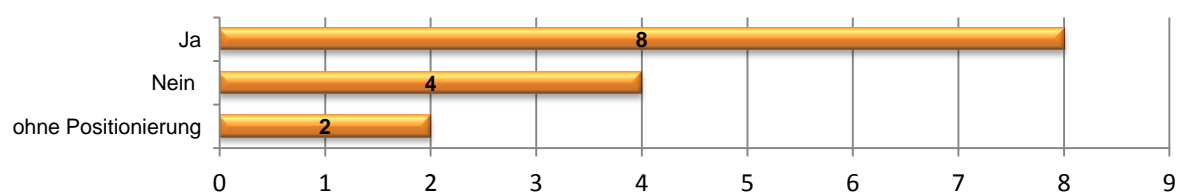
Unter den folgenden Voraussetzungen

- wir werden personell verstärkt (Sonderpädagogen, Inklusionshelfer)
- es werden bauliche Veränderungen vorgenommen
- es werden zusätzliche Materialien zur gezielten Förderung der inklusiven Schüler angeschafft
- 
- 
- 



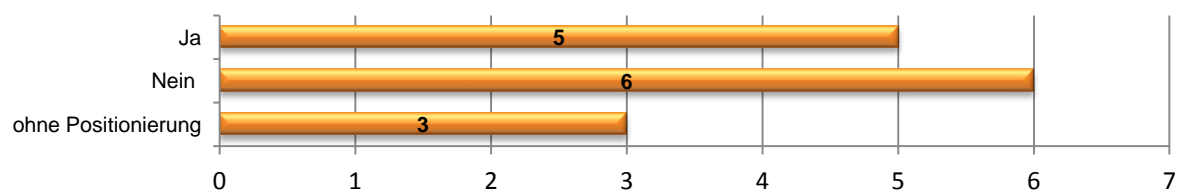
### Frage 9

Ich kann mir prinzipiell vorstellen, in einer inklusiven Klasse zu unterrichten.



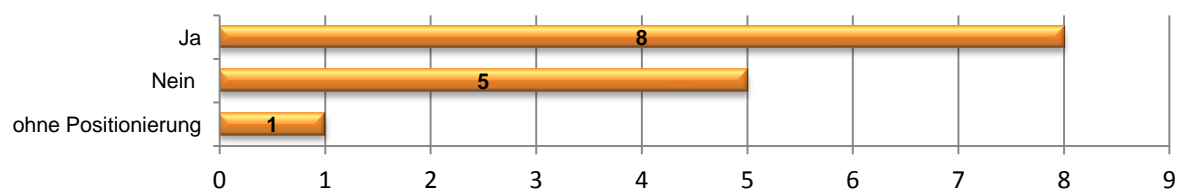
### Frage 10

Mir als Lehrkraft werden erforderliche Fortbildungen und Qualifikationen (Inklusion) zur Verfügung gestellt.



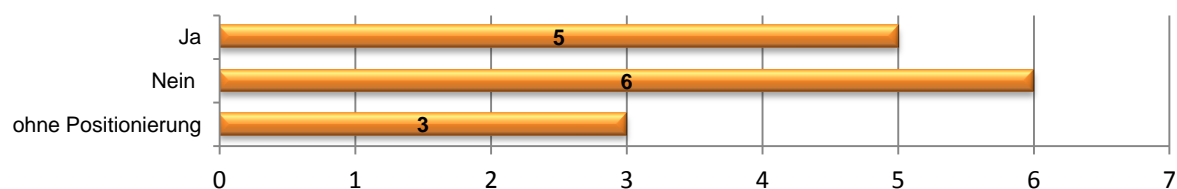
### Frage 11

Ich bin bereit, mich im Bereich „Inklusion“ weiterzubilden um meinen Unterricht dahingehend umzustellen.



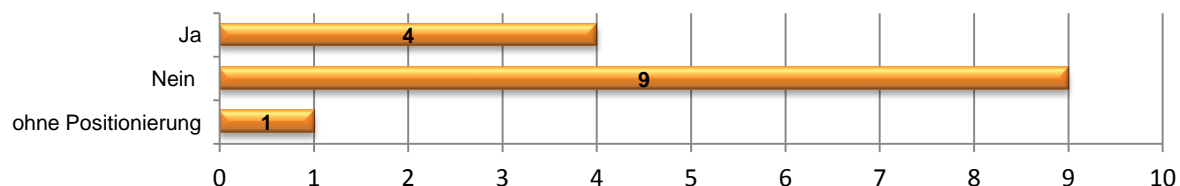
### Frage 12

Ich bin bereit, am Inklusionskonzept für unsere Schule mitzuwirken.

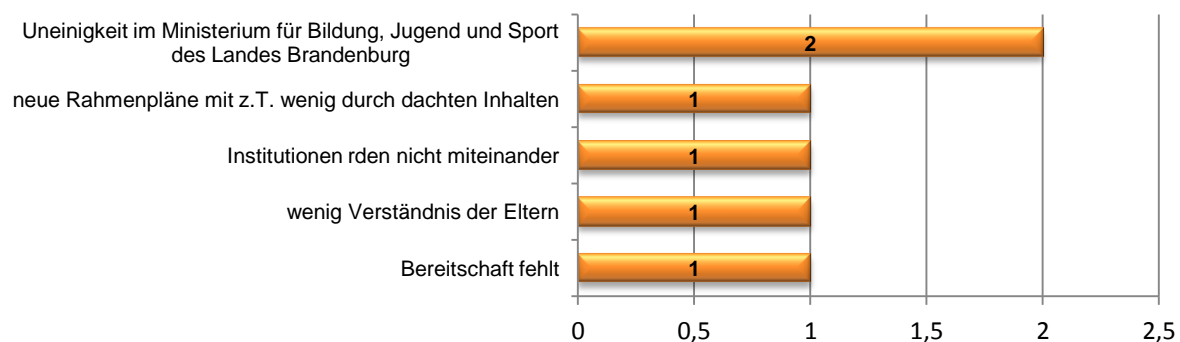


### Frage 13

Besteht ihrer Meinung nach eine funktionierende Zusammenarbeit mit allen Beteiligten um die inklusive Schulentwicklung voranzubringen? Wenn Nein, benennen sie die 3 wichtigsten Gründe dafür.

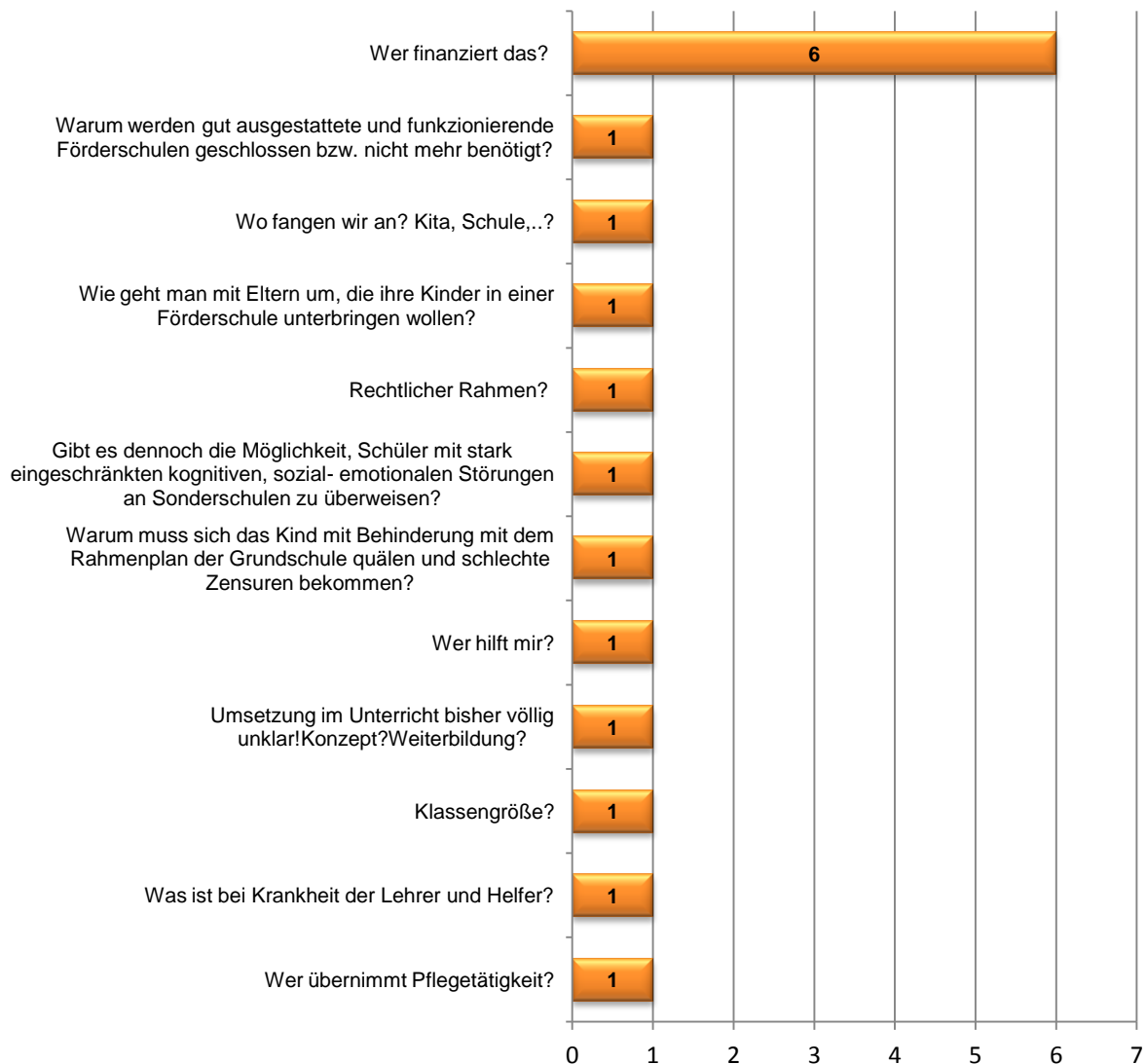


Als Begründung für die Verneinung der Frage wurden nachfolgende Gründe benannt.



#### Frage 14

Folgende Fragen sind mir zum Thema „Inklusion“ offen.



#### Reflexion der Ergebnisse

Die geringe Beteiligung kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen davon ausgehen das ein Kind zur Schule, Klasse und Unterricht passen muss. Uneinig waren sich die Befragten im Bezug auf die Konkretisierung des Leitbildes. Drei Lehrer/ Mitarbeiter gehen davon aus, dass das Leitbild anhand des inklusiven Gedankens bearbeitet wurde, wogegen neun diese Frage verneinte. Fragen um das Verständnis des Inklusionsbegriffes und der Entwicklung dorthin spaltet sich desweiteren die Meinung der Befragten. Einerseits finden 9 Lehrer/innen/

Mitarbeiter/innen inklusive Beschulung nicht wünschenswert, andererseits würden sie aber ihren Unterricht dahin gehend umstellen. Am wenigsten Beachtung wurde dem Punkt „Vorteile des gemeinsamen Unterrichts“ geschenkt. Mit erschrecken zeigte das Ergebnis nur ein Vorteil, die Stärkung der Sozialkompetenzen, auf. Hingegen sind die Nachteile stark vertreten. Zusätzliche Belastung, Qualitätsverlust des Unterrichts, Unruhe, Kosten, Angst vor dem „Anderssein“, usw. sind hier nur ein Auszug der angegebenen Nachteile. (weitere Nachteile sind der grafischen Darstellung, Frage 6, zu entnehmen) Aufgrund der Vielzahl an genannten Nachteilen können sich dennoch neun Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen vorstellen, dass Inklusion umsetzbar ist wenn die personellen, materiellen und sächlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu ist man bereit Weiterbildungen zu besuchen und den Unterricht dahin gehend umzustellen. Schlussendlich war in allen zu bewertenden Fragebögen der Lehrer/Mitarbeiter eine Widersprüchlichkeit in den Aussagen zu verzeichnen. Gründe dafür, sehe ich, in der unzureichenden Sensibilisierung mit der Thematik und der ungenügenden Einbeziehung der Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen seitens des Landes. Bestätigt wird diese Annahme in der offenen Frage, die den Abschluss des Fragebogens darstellte. Lehrer/Mitarbeiter nutzten diese Möglichkeit um alles was ihnen zum Thema einfällt festzuhalten. „*Alles ist offen!*“, ist eine Aussage die dabei getroffen wurde. Da dieser Satz viel aussagt, möchte ich an diesem Punkt, keine weiteren offenen Fragen aufzeigen und verweise auf die grafische Darstellung der Auswertung hinweisen. (siehe grafische Darstellung, Fragen 14)

## **5. Fazit**

Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag auf dem Thema „Inklusion“.

In meinem persönlichen Fazit möchte ich die von mir aufgestellten Thesen mit den Aussagen der Befragten vergleichen und dadurch überprüfen.

### Hypothese 1

Inklusion ist nur ein Begriff, der mit Integration gleichgesetzt wird.

Die Auswertung der Befragung verdeutlicht die Annahme, dass beide Begriffe fälschlicherweise (vgl. Kapitel 2.3, S. 7) einheitlich verwendet werden. Die Gründe dafür sind facettenreich. Bereits die deutsche Übersetzung der UN- BRK, die das Wort „inclusive“ mit „integrative“ übersetzt, zeigt, wie leichtfertig mit den Begriffen

umgegangen wird. Was auf Bundesebene falsch bzw. unzureichend definiert wird, überträgt sich schlussendlich auf die Landesebene und die dortigen Schulen. Die Befragungsgruppen Eltern und Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen unterschieden in den klar gestellten Fragen zwischen Kindern mit körperlicher oder geistiger Behinderung. Dies stellt eine Ausgrenzung dar und verstößt gegen den Grundsatz der Inklusion- die Nichtdiskriminierung (vgl. Kapitel 2.2, S. 4). Des Weiteren belegen Aussagen, wie „*Nichtbehinderte lernen zu wenig*“, und „*Normale Kinder bleiben auf der Strecke, alles dreht sich um das Inklusionskind*“, dass Inklusion als Konzept nicht verinnerlicht wurde. Der Beirat sagt in seiner Empfehlung, dass Unterricht und Umgebung so angepasst werden müssen, dass kein Kind auf der Strecke bleibt (vgl. Kapitel 3.2, S. 13). Eltern sowie Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen gehen laut ihrer Aussagen immer noch davon aus, dass die Schule, Klasse und der Unterricht zum Kind passen müssen. Man ist bis heute weit davon entfernt zu realisieren, dass die zukünftige Schule in der Pflicht ist, sich an den Kindern zu orientieren und allen an einer Schule Bildung zu ermöglichen. Die Fragebögen der Schüler/innen zeigen, dass kein Unterschied zu Kindern mit Behinderung gemacht wird. Da der Hauptteil der Schüler angab, Inklusion nicht behandelt zu haben, gehe ich davon aus, dass neutral gewertet wurde, ohne den Unterschied der beiden Begriffe zu kennen bzw. ein Verständnis dafür zu haben. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Begrifflichkeiten als gleich angesehen werden, welches sich aus den Fragebögen aber nicht belegen lässt. Da vorhergehend festgestellt werden konnte, dass Eltern und Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen Integration und Inklusion gleichsetzen, ist anzunehmen, dass im Laufe des Sozialisationsprozesses die Schüler/innen sich den vorgegebenen Denkmustern anpassen und diese übernehmen (vgl. wikipedia\_Sozialisation).

## Hypothese 2

Inklusion wird als Nachteil gesehen.

Diese Hypothese wurde weitestgehend bestätigt. Bei allen Personengruppen, die an der Befragung teilnahmen, wurden Vor- und Nachteile gesehen. Bei den Schüler/innen und Eltern war das Verhältnis zwischen beiden ausgeglichen. Beide Gruppen haben Angst davor, dass die Qualität des Unterrichts sinkt und leistungsstarke Schüler ungenügende Förderung erhalten. Im Widerspruch dazu wurde die Stärkung der Sozialkompetenz von den meisten Befragten als Vorteil

gesehen. Dies gaben 101 Eltern und 56 Schüler/innen an. Matthias Jerusalem und Johannes Klein-Heßling machen in ihrem Artikel „Soziale Kompetenz Entwicklungstrends und Förderung in der Schule“ (2002) darauf aufmerksam, dass der Erwerb sozialer Kompetenzen in Schulen meist durch eine natürliche Interaktion stattfindet und dies wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung beiträgt. (vgl. Jerusalem/ Klein-Heßling, 2002, S. 366 ff) Trotz dieses wichtigen Aspekts wird Inklusion als etwas nachteilig bewertet. Man steht mit Angst dem Neuen gegenüber, weil man durch fehlende Kommunikation und Aufklärung aller Beteiligten kein Verständnis dafür aufbringen kann, warum ein bestehendes und für die Befragten funktionierendes System geändert werden muss. Dies betrifft auch die Gruppe der Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen. Mit Erschrecken war hier festzustellen, dass man nur einen Vorteil und unzählige Nachteile für Inklusion gefunden hat. An dieser Stelle zitiere ich einen Auszug aus einem Fragebogen der die Ablehnung von Inklusion mehr als deutlich macht:

*„Da ich weiß, wie gut Förderschulen arbeiten und ‘funktionierten’- finde ich als Verbrechen am Kind, wenn bei der Inklusion Kindern, die Schwierigkeiten beim Lernen haben, täglich gezeigt wird, dass sie nicht das schaffen, was ihre Mitschüler leisten. Somit ‘produzieren’ wir uns unsere ‘Verhaltensauffälligkeiten’ in den überfüllten Klassen selbst! ...“* ( Fragebogen, Lehrer/innen/Mitarbeiter/innen) Seit 2009 hat die UN- BRK Gültigkeit für Deutschland. Somit ist Deutschland verpflichtet, Menschenrechte und Freiheiten für alle geltend zu machen. In Artikel 24 wird dabei das Recht geregelt, ein inklusives Bildungssystem und lebenslanges Lernen auf allen Ebenen zu schaffen, ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit. (vgl. Kapitel 2.2, S. 5) Der wissenschaftliche Beirat (2014), der sich auf die Konvention beruft, empfiehlt, Unterricht und Umgebung so anzupassen, dass jedes Kind dieses Recht geltend machen kann. (vgl. Kapitel 3.1, S. 13) Betrachtet man die zitierte Aussage im Kontext, so kann an dieser Stelle eindeutig gesagt werden, dass eine Menschenrechtsverletzung vorliegt. Es wird eine eindeutige Diskriminierung und Ausgrenzung gegenüber dem Kind mit Behinderung vorgenommen. Dennoch hielten 9 Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen Inklusion unter bestimmten Voraussetzungen für umsetzbar. Da aber laut Analyse der Bögen auch nach Inkrafttreten der UN-BRK und der Empfehlung des Beirates bis heute keine Kommunikation zwischen den Beteiligten stattfindet und die Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen weitestgehend sich selber überlassen werden, ist man von der



Umsetzbarkeit weit entfernt. Auch diese Gruppe der Befragten hatte unzählige offene Fragen. Das beschönigt nicht die negative Denkweise, erklärt aber die Unsicherheit und Angst vor dem geforderten Paradigmenwechsel.

### Hypothese 3

Es besteht ein hoher Aufklärungsbedarf

Diese Hypothese kann als voll bestätigt angesehen werden. Schon der wissenschaftliche Beirat machte in seinem Empfehlungsschreiben deutlich klar, dass das inklusive Bemühen erhöht werden muss. Des Weiteren erklärt er, dass alle Beteiligten gemeinsam und partnerschaftlich zusammenarbeiten müssen, um das Ziel „inklusive Schule“ zu erreichen. (vgl. Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 4) Die Analyse der Fragebögen ergab, dass dies auf sämtlichen Ebenen nicht der Fall ist. Die Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen bemängelten die Uneinigkeit im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und dass diesbezüglich keine Kommunikation stattfindet. Keiner der Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen ist sich im Klaren darüber, wie Inklusion funktionieren soll. Das Landesschulgesetz, welches bis heute nicht in Richtung Inklusion konkretisiert wurde, gibt daher keinen Rahmen und somit keine Grundsätzlichkeiten vor, an denen sich Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen orientieren müssen. Aussagen wie „*Alles ist offen!*“ und „Wer hilft uns?“ zeigen, wie hoch der Bedarf an Aufklärung im Zuge einer Kommunikation und Ausgestaltung des Landesschulgesetzes ist. Da in der Gruppe der Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen ein sehr hoher Aufklärungsbedarf besteht, lässt sich daraus schon das Ergebnis der Schüler/innen und Eltern ableiten. Auch hier findet die Hypothese Bestätigung. Vor allem die Gruppe der Eltern steht mit vielen offenen Fragen da und wartet auf Informationen. 101 Eltern gaben an, dass bis heute keine Informationsveranstaltungen stattgefunden haben. Sie werden als vorletztes Glied in der Gruppe der Inklusionsbeteiligten außen vorgelassen und wiegen sich in Unsicherheit. Zurückzuführen lässt sich dies auf den Aufklärungsbedarf der Lehrer/innen/ Mitarbeiter/innen, die sich die Frage stellen müssen, was sie den Eltern vermitteln sollen. Schlussendlich wird diese Unwissenheit an die Schüler/innen übertragen, die die offen gestaltete Frage fast ungeachtet ließen. Aber was sollen sie auch fragen? Als letztes Glied im Prozess der Inklusion nehmen sie das auf, was man ihnen gibt, und handeln danach. Inklusion ist für sie daher nur ein ferner Begriff. Folgt man der gestellten Frage „*Was ist Inklusion und warum heißt das so?*“

(Fragebogen, Schüler/innen), so zeigt sich, dass die Schüler/innen die größte Bedarfsgruppe an Aufklärung darstellen. Um den Paradigmenwechsel anzugehen, muss genau bei dieser Personengruppe angefangen werden, ein Umdenken zu erreichen.

#### Hypothese 4

Inklusion ist in der Umsetzbarkeit eine Illusion

- ✓ Jeder soll das Recht einer allgemeinen Schulbildung haben
- ✓ Chancengleichheit
- ✓ Nichtdiskriminierung
- ✓ Umsetzung eines selbstbestimmten Lebens für alle
- ✓ Der Mensch rückt in den Vordergrund, nicht die Behinderung
- ✓ ...

(vgl. <http://www.behindertenrechtskonvention.info/allgemeine-grundsaeetze-3765/>)

All diese Punkte sind Leitgedanken für die Umsetzung von „Inklusion. Diese hat sich auch Deutschland mit der Annahme des Ratifizierungsgesetzes zum Ziel gesetzt. Um den Zielstellungen nachzukommen, hat das Land Brandenburg eigens dafür einen wissenschaftlichen Beirat berufen, der deutlich macht, dass das Bemühen zur Erreichung der geforderten Grundsätze erhöht werden muss. Die dort aufgeführten Empfehlungen zur Inklusionsentwicklung bis 2020, so ist sich der Beirat sicher, tragen zu einer Pädagogik der Vielfalt bei. (vgl. Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020, 2014, S. 4) Obwohl die Umsetzbarkeit der Empfehlung zur Zielerreichung wünschenswert ist, muss beim Blick auf die verstrichene Zeit und das bisher Erreichte geprüft und kritisch hinterfragt werden, ob eine Umsetzung in der Form, wie sie gegenwärtig angestrebt wird, überhaupt möglich ist. Angesichts der Stichprobe an einer Schule kann ich nicht verallgemeinern, dass Inklusion für alle eine Illusion ist. Der von mir befragte Personenkreis an einer Schule bestätigt mich aber in meiner Annahme, dass Inklusion zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht umsetzbar ist. Es zeigte sich, dass bei allen der Begriff und dessen Bedeutung nur unzureichend bis gar nicht bekannt ist. Wie im Vorfeld schon erwähnt, wird in Fachkreisen stark kritisiert, dass die Begriffe Integration und Inklusion wechselseitig genutzt werden, als ob sie inhaltlich identisch wären. (vgl. Stein, 2012, S. 78 ff) Dieses verwässerte Bild ist Ergebnis der Analyse aller Fragebögen. Bis zum heutigen

Tag hat kein Umdenken in den Köpfen und kein Wandel des Systems stattgefunden, obwohl Inklusion, wie so oft erwähnt, als Völkerrecht anzusehen ist und somit verbindlich für alle ist. Das, was man bis heute erreicht hat, sind Unsicherheit, Angst und Unzufriedenheit. Alle Befragten wissen nicht, wie sie den Begriff Inklusion zu verstehen haben und wie sie damit umgehen sollen. Vage möchte ich daher behaupten, dass der wissenschaftliche Beirat an das Empfehlungsschreiben mit dem Gedanken herangegangen ist, dass die unmittelbare Gesellschaft eine Sensibilisierung der Thematik erfahren hat, was ich an dieser Stelle eindeutig verneinen kann. Einen Grund dafür sehe ich in der missbräuchlichen Nutzung des Begriffes „Inklusion“ auf politischer Ebene. ( Kapitel 2.3, S. 10) Was dort keine eindeutige Definition findet, kann auf Landes- bzw. Kreisebene und letztlich von den Beteiligten am Standort nicht verstanden und umgesetzt werden. Diese Fakten als Grundlage bekräftigen meine Annahme, dass zum heutigen Zeitpunkt die Umsetzung von Inklusion eine Illusion ist.

## **6. Blick in die Zukunft**

Inklusion, wie sie die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, ist heute noch nicht vorherrschend in der deutschen Praxis. Besonders möchte ich an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass Inklusion ein Menschenrecht ist, welches durch die Ratifizierung als Völkerrecht anzuerkennen ist. Dies heißt für in Deutschland lebende Menschen, dass dieses Gesetz verbindlich für alle ist und eine Umsetzungspflicht besteht. Die Empfehlung des Beirates zur Inklusionsentwicklung in Brandenburg stellt eine gute Grundlage dar, um dieser Pflicht nachzukommen. Meines Erachtens nach muss der Anfang aber an oberen Stellen getan werden, bevor man den Empfehlungen folgen kann. Auf politischer Ebene muss „Inklusion“ klar und deutlich definiert werden, um mit den ursprünglichen Zielen übereinzustimmen. Ausgehend davon ist eine wichtige Voraussetzung, inklusive Schule zu ermöglichen, die Konkretisierung des Landesschulgesetzes. Da der finanzielle Rahmen dabei eine große Rolle spielt, muss diese Mehrbelastung von Bund und Ländern im Sinne des Konnexitätsprinzip getragen werden. (vgl. Kroworsch, 2015, S. 34) Die klare Begriffsdefinition und deren Zielstellung sowie Informationen zur Umsetzung müssen an die Beteiligten vor Ort weitervermittelt werden. Damit kann vor Ort einer Austauschbarkeit der Begrifflichkeiten entgegenwirkt werden und die Beteiligten am Standort erhalten die Sicherheit, dass die Voraussetzungen in personeller,

materieller und sächlicher Hinsicht gewährleistet sind. Erst wenn diese Punkte eine Umsetzung erfahren, so kann meiner Ansicht nach mit den Empfehlungen des Beirates begonnen werden, das Ziel inklusive Schule, Ort des individuellen und gemeinsamen Lernens, zu erreichen.

## Quellenverzeichnis

### Albers, Timm (2010):

Inklusion und Sonderpädagogischer. Förderbedarf - Historische Linien und gegenwärtige Anforderungen an ein verändertes Verständnis sonderpädagogischer Förderung. In: Heilpädagogik online. Die Fachzeitschrift im Internet. Ausgabe 1/10 Im Internet: [http://www.sonderpaedagoge.de/hpo/heilpaedagogik\\_online\\_0110.pdf](http://www.sonderpaedagoge.de/hpo/heilpaedagogik_online_0110.pdf), S. 52- 73

### Albers, Timm (2011):

Mittendrin statt nur dabei; Inklusion in Krippe und Kindergarten. 2. Auflage. Reinhardt Verlag. München

### Beauftragte der Bundesregierung für die Belangen behinderter Menschen (Hg.):

Die UN- Behindertenrechtskonvention- Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Oktober 2014. Hausdruckerei BMAS, Bonn. S. 35- 38

### Bergrundschule Doberlug- Kirchhain (Hg.):

Unsere Schule- Eine offene Ganztagschule. Pädagogisches Ganztagskonzept

### Boban, Ines/Hinz, Andreas (Hrgs.) (2003):

Index für Inklusion- Lernen und Teilhabe in der Schule der Vielfalt entwickeln. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Fachbereich Erziehungswissenschaften. Im Internet: <http://www.eenet.org.uk/resources/docs/Index%20German.pdf>

### Frühauf, Theo (2012):

Von der Integration zur Inklusion- ein Überblick. In: Hinz, Andreas / Körner, Ingrid / Niehoff, Ulrich (Hg.): Von der Integration zur Inklusion. Grundlagen, Perspektiven, Praxis. 3. Auflage. Lebenshilfe-Verlag Marburg 2012. S. 11- 32

### Hinz, Andreas ( 2002):

Von der Inklusion zur Integration- terminologisches Spiel oder konzeptionelle Weiterentwicklung? Herausgeber: Zeitschrift für Heilpädagogik 53 (2002) Im Internet: <http://www.verbandsonderpaedagogik.de/zeitschrift/bibliographie.html?page=5&modus=jahr&keyword=2002>

### Hinz, Andreas (2012):

Inklusion- historische Entwicklungslinien und internationale Kontexte. In: Hinz, Andreas / Körner, Ingrid / Niehoff, Ulrich (Hg.): Von der Integration zur Inklusion. Grundlagen, Perspektiven, Praxis. 3. Auflage. Lebenshilfe-Verlag Marburg 2012. S. 33-52

Jerusalem, Matthias/ Klein-Heßling, Johannes (2002):

Soziale Kompetenz- Entwicklungstrends und Förderung in der Schule. Herausgeber: Zeitschrift für Psychologie. 210 (4). S. 164- 174. Hogrefe-Verlag Göttingen (2002) Im Internet: [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/droessler\\_etal\\_sozialeKompetenzen2007.pdf](http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/droessler_etal_sozialeKompetenzen2007.pdf)

Kleve, Heiko (2005):

Soziale Partizipation zwischen Integration und Inklusion. In: Inklusion und Exklusion, Drei einführende Texte. Potsdam: Fachhochschule Potsdam, S. 2-5

Kron, Maria (2012):

Inklusion im Elementarbereich. Denkwerkstatt. Eine Herausforderung auf verschiedenen Ebenen pädagogischer Praxis und Ausbildung. Mainz. Im Internet: [http://www.liga-rlp.de/fileadmin/LIGA/Internet/Downloads/Dokumente/Dokumente\\_2012/Denkwerkstatt\\_4\\_a\\_-\\_Inklusion\\_im\\_Elementarbereich\\_-\\_Eine\\_Herausforderung.pdf](http://www.liga-rlp.de/fileadmin/LIGA/Internet/Downloads/Dokumente/Dokumente_2012/Denkwerkstatt_4_a_-_Inklusion_im_Elementarbereich_-_Eine_Herausforderung.pdf)

Kroworsch, Susann (2015):

Rechtliche Grundlagen der Umsetzung von Inklusion im deutschen Schulsystem. In: Susann Kroworsch (Hrsg.): Inklusion im deutschen Schulsystem- Barrieren und Lösungswege. Sozialhilfe und Sozialpolitik (S 11). Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. S. 26- 35

Markowetz, Reinhard (2005):

Inklusion - Neuer Begriff, neues Konzept, neue Hoffnungen für die Selbstbestimmung und Partizipation von Menschen mit Behinderung. In: Kaiser, H.; Kocnik, E.; Sigot, M. (Hrsg.): Vom Objekt zum Subjekt. Inklusive Pädagogik und Selbstbestimmung. Hermagoras-Mohorjeva Verlag. Klagenfurt. S. 17-66.

Mayring, Philipp (2002):

Einführung in die qualitative Sozialforschung. 5. Auflage. Beltz- Verlag. Weinheim und Basel

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hg.) (2013):

„Schule für alle“ Entwicklung und Umsetzung der inklusiven Bildung im Land Brandenburg – Erste Bilanz und Ausblick – 2. Auflage. Oktober 2013. GS Druckerei und Medien GmbH Potsdam. Im Internet: [http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/inklusion/2013/Schule\\_fuer\\_alle-erste\\_Bilanz\\_und\\_Ausblicke.pdf](http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/themen/inklusion/2013/Schule_fuer_alle-erste_Bilanz_und_Ausblicke.pdf)

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (Hg.) (2014):

Zur Inklusionsentwicklung im Land Brandenburg bis 2020; Empfehlung des Beirats "Inklusive Bildung" beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Im Internet: [http://www.inklusion-brandenburg.de/wissenschaftlicher\\_beirat.html](http://www.inklusion-brandenburg.de/wissenschaftlicher_beirat.html)

Mürner, Christian/ Sierck, Udo (2015):

Der lange Weg zur Selbstbestimmung. Ein historischer Abriss. In: Theresia Degener/ Elke Diehl (Hrsg.): Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht- Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe. Schriftreihe Band 1506, Bonn (2015). Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co.KG, Frankfurt/ Main. S.25- 37

Stein, Anne- Dore (2012):

Die Bedeutung des Inklusionsgedankens- Dimensionen und Handlungsperspektiven. In: Hinz, Andreas / Körner, Ingrid / Niehoff, Ulrich (Hg.): Von der Integration zur Inklusion.Grundlagen, Perspektiven, Praxis. 3. Auflage. Lebenshilfe-Verlag Marburg 2012. S. 74- 90

Wansing, Gudrun (2015):

Was bedeutet Inklusion? Annäherungen an einen vielschichtigen Begriff. In: Theresia Degener/ Elke Diehl (Hrsg.): Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht- Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe. Schriftreihe Band 1506, Bonn (2015). Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co.KG, Frankfurt/ Main. S. 43- 54

Weltkonferenz Salamanca (1994):

Die Salamanca Erklärung und der Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse. Im Internet: [www.unesco.at/bildung/basisdokumente/salamanca\\_erklaerung.pdf](http://www.unesco.at/bildung/basisdokumente/salamanca_erklaerung.pdf)

Wocken, Hans (2001):

Integration. In: Georg Antor, Ulrich Bleideck (Hrsg.): Handlexikon der Behindertenpädagogik. Schlüsselbegriffe aus Theorie und Praxis. 1. Aufl. Verlag W. Kohlhammer 2001. S. 76- 80

**Internetquellen**

[http://www.inklusion-brandenburg.de/inklusion\\_im\\_land\\_brandenburg.html/](http://www.inklusion-brandenburg.de/inklusion_im_land_brandenburg.html/) verfügbar am 12.01.2015

[http://www.inklusion-brandenburg.de/wissenschaftlicher\\_beirat.html/](http://www.inklusion-brandenburg.de/wissenschaftlicher_beirat.html/) verfügbar am 12.01.2015

[http://www.inklusion-brandenburg.de/schulgesetzliche\\_aenderungen.html/](http://www.inklusion-brandenburg.de/schulgesetzliche_aenderungen.html/) verfügbar am 12.01.2015

[http://www.inklusion-brandenburg.de/entwicklung\\_in\\_brandenburg.html/](http://www.inklusion-brandenburg.de/entwicklung_in_brandenburg.html/) verfügbar am 12.01.2015

[http://www.inklusion-brandenburg.de/der\\_weg.html/](http://www.inklusion-brandenburg.de/der_weg.html/) verfügbar am 12.01.2015

<http://www.behindertenrechtskonvention.info/allgemeine-grundsaeetze-3765/> verfügbar am 01.04.2015

<http://www.bildungskampagne.org/die-kinder-der-bonner-kettelerschule-erklaeren-inklusion/> verfügbar am 12.04.2015

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Integration/> verfügbar am 14.04.2015

[https://de.wikipedia.org/wiki/Integration\\_%28Soziologie%29/](https://de.wikipedia.org/wiki/Integration_%28Soziologie%29/) verfügbar am 14.04.2015

[https://de.wikipedia.org/wiki/Integrative\\_P%C3%A4dagogik/](https://de.wikipedia.org/wiki/Integrative_P%C3%A4dagogik/) verfügbar am 14.04.2015

[https://de.wikipedia.org/wiki/Schulische\\_Integration/](https://de.wikipedia.org/wiki/Schulische_Integration/) verfügbar am 14.04.2015

[https://de.wikipedia.org/wiki/Inklusion\\_%28Soziologie%29/](https://de.wikipedia.org/wiki/Inklusion_%28Soziologie%29/) verfügbar am 14.04.2015

[http://de.wikipedia.org/wiki/Inklusive\\_Pädagogik/](http://de.wikipedia.org/wiki/Inklusive_Pädagogik/) verfügbar am 14.04.2015

[http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale\\_Inklusion/](http://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Inklusion/) verfügbar am 14.04.2015

<https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialisation/> verfügbar am 05.07.2015



## 8. Anhang

### BEFRAGUNG ZUR THEMATIK INKLUSION AN DER BERGGRUNDSCHULE DOBERLUG-KIRCHHAIN

Liebe Schüler/innen,

im Rahmen meiner Bachelorarbeit möchte ich mithilfe dieses Fragebogens ermitteln inwieweit „Inklusion“ euch ein Begriff ist und wie ihr dazu eingestellt seid.

Es wäre mir eine große Hilfe wenn du dich an meiner Erhebung beteiligt und den ausgefüllten Bogen bis spätestens Freitag, den 08.05.2015 an deinen Klassenlehrer zurückgibst.

Alle Angaben werden selbstverständlich vertraulich und anonym behandelt.

„Jeder Mensch **I**st etwas Besonderes.

Alle sind **a**Nders.

Kinder aus verschiedenen **K**ulturen lernen zusammen.

Alle dürfen in die Schu**L**e kommen.

Alle sehen verschieden **a**U**s**.

Alle haben **S**tärken und Schwächen.

Alle dürfen mitbest**i**mmen.

Jeder soll sich w**O**hlfühlen.

Alle arbeiten zusamme**N**.“

(<http://www.bildungskampagne.org/die-Kinder-der-Bonner-kettelerschule-erklären-inklusion>)

Bitte mache zuerst eine kurze Angabe zu deiner Person

männlich	weiblich	Alter
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Bitte beantworten die Fragen in den dafür vorgesehenen Kästchen mit Ja oder Nein.

1. Ich habe die Erklärung zum Thema Inklusion (siehe oben) verstanden.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

2. Im Unterricht wurde das Thema „Inklusion“ behandelt.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn Ja, welche 3 wichtigen Fakten fallen dir spontan dazu ein:	
<ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> <li>•</li> <li>•</li> </ul>	

3. Ich würde es gut finden, wenn an unserer Schule in Zukunft behinderte und nicht behinderte Schüler/innen gemeinsam unterrichtet werden.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

4. Ich befürchte, dass ich in einer Klasse, in der auch behinderte Kinder unterrichtet werden, nicht genügend lernen könnte.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

5. Ich glaube, dass das gemeinsame Lernen mit behinderten Kindern meine Fähigkeiten im Umgang mit anderen Menschen (Sozialkompetenz) stärkt.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

6. Welche Vor- und Nachteile siehst du beim gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schüler/innen?

**Mögliche Vorteile:**

.....

.....

.....

**Mögliche Nachteile:**

.....

.....

.....

7. Ich bin bereit, körperlich behinderten Mitschülern beispielsweise mit dem Rollstuhl zu helfen (z. B. Türen öffnen, Schieben).

Ja ☐

Nein ☐

8. Ich bin bereit, geistig behinderten Mitschülern beispielsweise beim Lernen zu helfen (z. B. zusätzliche Erklärungen, geduldig sein).

Ja ☐

Nein ☐

9. Ich bin bereit, behinderte Mitschüler genauso zu behandeln wie nicht behinderte (z. B. tolerant sein, Respekt zeigen, nicht auslachen) und ggf. für sie einzutreten.

Ja ☐

Nein ☐

10. Ich habe noch folgende Fragen zum Thema „Inklusion“

.....

.....

.....

.....

**Vielen Dank!**

BEFRAGUNG ZUR THEMATIK INKLUSION AN DER  
BERGGRUNDSCHULE DOBERLUG-KIRCHHAIN

Liebe Eltern,

im Rahmen meiner Bachelorarbeit möchte ich mithilfe dieses Fragebogens ermitteln inwieweit „Inklusion“ Ihnen ein Begriff ist und wie Sie dazu eingestellt sind.

Es wäre mir eine große Hilfe, wenn Sie sich an meiner Erhebung beteiligen und den ausgefüllten Bogen bis spätestens Freitag, den 08.05.2015 an die Berggrundschule Doberlug-Kirchhain zurückgeben.

Alle Angaben werden selbstverständlich vertraulich und anonym behandelt.

Jeder Mensch **ist** etwas Besonderes.

Alle sind **a**nder.

Kinder aus verschiedenen **K**ulturen lernen zusammen.

Alle dürfen in die Schu**le** kommen.

Alle sehen verschieden **a**us.

Alle haben **S**tärken und Schwächen.

Alle dürfen mitbest**im**men.

Jeder soll sich w**o**hlfühlen.

Alle arbeiten zusamme**n**.

(<http://www.bildungskampagne.org/die-Kinder-der-Bonner-kettlerschule-erklären-inklusion>)

Bitte machen Sie zuerst eine kurze Angabe zu Ihrem Kind

männlich	weiblich	Alter
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Sonderpädagogischer Mehrbedarf	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

Bitte beantworten Sie die Fragen in den dafür vorgesehenen Kästchen mit Ja oder Nein.

1. Es fanden Informationsveranstaltungen von seitens der Schule statt bzw. erhielt ich ein Infoschreiben zum Thema Inklusion und der zukünftigen Einführung des gemeinsamen Unterrichts?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

2. Ich werde über die Fortschritte zum gemeinsamen Unterricht von der Schule informiert und in die Entwicklung mit einbezogen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

3. Ich finde es gut, wenn an der Schule meines Kindes in Zukunft behinderte und nicht behinderte Schüler/innen gemeinsam unterrichtet werden?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

4. Alle Kinder lernen in einer inklusiven Klasse ihren Fähigkeiten entsprechend!	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

5. Das gemeinsame Lernen mit behinderten Kindern stärkt die Fähigkeiten meines Kindes im Umgang mit anderen Menschen (Sozialkompetenz)!	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

6. Welche Vor- und Nachteile sehen Sie beim gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schüler/innen?

**Mögliche Vorteile:**

.....

.....

.....

**Mögliche Nachteile:**

.....

.....

.....

7. Das gemeinsame Unterrichten mit Sonderpädagogen und ggf. Integrationshelfern (also im multiprofessionellen Team) sehe ich als notwendig und hilfreich für jedes Kind in der Klasse an.

Ja ☐

Nein ☐

8. Unter den folgenden Voraussetzungen

- personelle Verstärkung (Sonderpädagogen, Inklusionshelfer)
- bauliche Veränderungen werden vorgenommen
- es werden zusätzliche Materialien zur gezielten Förderung der inklusiven Schüler angeschafft

- 
- 
- 

halte ich die Idee der Inklusion an unserer Schule für umsetzbar.

Ja ☐

Nein ☐



BEFRAGUNG ZUR THEMATIK INKLUSION AN DER  
BERGGRUNDSCHULE DOBERLUG-KIRCHHAIN

Liebe Lehrer/innen und Mitarbeiter/innen,

im Rahmen meiner Bachelorarbeit möchte ich mithilfe dieses Fragebogens ermitteln inwieweit „Inklusion“ Ihnen ein Begriff ist und wie Sie dazu eingestellt sind.

Es wäre mir eine große Hilfe wenn Sie sich an meiner Erhebung beteiligen und den ausgefüllten Bogen bis spätestens Freitag, den 08.05.2015 bei der Schulleitung hinterlassen.

Alle Angaben werden selbstverständlich vertraulich und anonym behandelt.

Jeder Mensch **I**st etwas Besonderes.

Alle sind a**N**ders.

Kinder aus verschiedenen **K**ulturen lernen zusammen.

Alle dürfen in die Schu**L**e kommen.

Alle sehen verschieden a**U**s.

Alle haben **S**tärken und Schwächen.

Alle dürfen mitbest**I**mmen.

Jeder soll sich w**O**hlfühlen.

Alle arbeiten zusamme**N**.

(<http://www.bildungskampagne.org/die-Kinder-der-Bonner-kettelerschule-erklären-inklusion>)



Bitte beantworten Sie die Fragen in den dafür vorgesehenen Kästchen mit Ja oder Nein.

1. Die Empfehlung des Beirats „Inklusive Bildung beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg 2014, ist mir bekannt.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

2. Die Entwicklung in die angestrebte inklusive Beschulung finde ich wünschenswert.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

3. Das Leitbild unserer Schule wurde anhand des inklusiven Gedankens konkretisiert.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

4. Alle Kinder lernen in einer inklusiven Klasse ihren Fähigkeiten entsprechend!	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

5. Das gemeinsame Lernen mit behinderten Kindern stärkt die Fähigkeiten der Schüler/innen im Umgang mit anderen Menschen (Sozialkompetenz) stärkt.	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>

6. Welche Vor- und Nachteile sehen Sie beim gemeinsamen Unterricht v. behinderten und nicht behinderten Schüler/innen?	
<b>Mögliche Vorteile:</b> ..... ..... .....	
<b>Mögliche Nachteile:</b> ..... ..... .....	

7. Das gemeinsame Unterrichten mit Sonderpädagogen und ggf. Integrationshelfern (also im multiprofessionellen Team) sehe ich als notwendig und hilfreich für jedes Kind in der Klasse an.

Ja ☐

Nein ☐

8. Unter den folgenden Voraussetzungen

- wir werden personell verstärkt (Sonderpädagogen, Inklusionshelfer)
- es werden bauliche Veränderungen vorgenommen
- es werden zusätzliche Materialien zur gezielten Förderung der inklusiven Schüler angeschafft

- 
- 
- 

halte ich die Idee der Inklusion an unserer Schule für umsetzbar.

Ja ☐

Nein ☐

9. Ich kann mir prinzipiell vorstellen, in einer inklusiven Klasse zu unterrichten.

Ja ☐

Nein ☐

10. Mir als Lehrkraft werden erforderliche Fortbildungen und Qualifikationen (Inklusion) zur Verfügung gestellt.

Ja ☐

Nein ☐

11. Ich bin bereit, mich im Bereich „Inklusion“ weiterzubilden um meinen Unterricht dahingehend umzustellen.

Ja ☐

Nein ☐

12. Ich bin bereit, am Inklusionskonzept für unsere Schule mitzuwirken.

Ja ☐

Nein ☐

13. Besteht ihrer Meinung nach eine funktionierende Zusammenarbeit mit allen Beteiligten um die inklusive Schulentwicklung voranzubringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn Nein, benennen sie die 3 wichtigsten Gründe dafür:	
<ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> <li>•</li> <li>•</li> </ul>	

14. Folgende Fragen sind mir zum Thema „Inklusion“ offen.
<hr/> <hr/> <hr/> <hr/>

**Vielen Dank!**

## **Selbständigkeitserklärung**

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit, selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

---

Diana Wolff

Doberlug-Kirchhain, 16. Juli 2015